

Schriften der Sudetendeutschen Akademie  
der Wissenschaften und Künste  
Band 29  
Forschungsbeiträge  
der Geisteswissenschaftlichen Klasse

ARNOLD SUPPAN

## **Die Entstehung der deutsch-tschechischen Konfliktgemeinschaft im alten Österreich**

Die böhmischen und die österreichischen Länder durchlebten zwischen 1526 und 1918 eine gemeinsame Geschichte im Habsburgerreich, die zwar von vielen Kriegen gegen äußere Gegner (Osmanen, Schweden, Magyaren, Preußen und Franzosen), aber nach 1648 kaum von schweren inneren Konflikten gekennzeichnet war. Als der habsburgische Erzherzog Ferdinand nach der für Ungarn so katastrophalen Schlacht bei Mohács 1526 – mit Unterstützung seines mächtigen Bruders, Kaiser Karls V. – die Erbländer seiner Gemahlin Anna, Ungarn und Böhmen, erwarb, ging dies in Prag (Praha) nicht ohne Wahl und Krönung mit der Wenzelskrone vor sich. Freilich blieb die Wahl nicht auf die Stände des Königreiches Böhmen beschränkt, sondern fand auch unter Einbeziehung der Stände der Markgrafschaft Mähren, der schlesischen Fürstentümer und der Herzogtümer Ober- und Niederlausitz statt. Besonders die böhmischen Stände waren unter Berufung auf die „Wladislawsche Landesordnung“ von 1500 und unter dem Einfluss des Hussitismus wenig an einer starken Königsherrschaft interessiert und betonten ihre Rechte in der Landesverwaltung, im Gerichtswesen, in der Ämterbesetzung und der Erhebung in den Adelsstand. Ferdinand aber beharrte auf seinem alleinigen Herrschaftsanspruch und begann mit verfassungs-, finanz- und religionspolitischen Zentralisierungsmaßnahmen. Als ein verheerender Brand auf dem Hradschin (Hradčany) und der Prager Kleinseite im Jahre 1541 den Großteil der böhmischen Landtafeln vernichtete, ließ Ferdinand den Erbanspruch seiner Gemahlin festschreiben und 1547 auf ein Thronfolgerecht des Hauses Habsburg erweitern. Nach dem Sieg Kaiser Karls über den Schmalkaldischen Bund brach auch eine beginnende böhmische Rebellion zusammen, und König Ferdinand ließ mit Güterkonfiskationen und Strafzahlungen gegen Adlige und Städte vorgehen<sup>1</sup>.

Die habsburgische Herrschaft sah sich freilich in den böhmischen Ländern nicht nur mit politischen Forderungen der Stände konfrontiert, sondern auch mit protes-

---

<sup>1</sup> Alfred KOHLER, Ferdinand I. 1503-1564. Fürst, König, Kaiser, München 2003, 157-165; Josef JANÁČEK, České dějiny. Doba předbělohorská, 1526-1547 [Böhmische Geschichte. Die Zeit vor dem Weißen Berg, 1526-1547], 2 Bde., Praha 1971, 1984.

tantischen Lehren, die vom Utraquismus, über die Brüderunität bis zum Luthertum reichten. Ferdinand zeigte sich dabei anfänglich relativ flexibel und konnte sich sogar eine Eheschließung der Priester und die Kommunion für Laien in beiderlei Gestalt vorstellen. Bereits 1548 verfügte er aber das Verbot und die Ausweisung der Brüderunität, während sich der nordböhmische Adel der Ausweisung lutherischer Prediger widersetzte. Zur Erneuerung der katholischen Kirche im Sinne der Trienter Konzilsbeschlüsse berief Kaiser Ferdinand 1556 die Jesuiten nach Prag, deren *Collegium Clementinum* bald Universitätsrechte erhielt. Schließlich erreichte Ferdinand auch die Wiederbesetzung des Prager Erzbistums mit dem Großmeister des Kreuzherrenordens. Ferdinands ältester Sohn Kaiser Maximilian II. setzte die Förderung der Jesuiten fort, ließ sie in Olmütz (Olomouc) ein Kolleg errichten, das bald zur Universität erhoben wurde und ebenfalls in der Priesterausbildung und Adelserziehung erfolgreich war. Um auf dem Landtag 1575 das Zugeständnis der Stände für neue Steuern und die Annahme des Erzherzogs Rudolf als böhmischen König zu erreichen, akzeptierte Maximilian – freilich nur mündlich und nur für die adligen Stände – eine *Confessio Bohemica*, einen Konfessionstext, der auf der Augsburger Konfession beruhte, mit einigen hussitischen Änderungen versehen war und auch von der Brüderunität anerkannt wurde. Wenige Jahre später gaben die Böhmisches Brüder in der mährischen Stadt Kralitz (Kralice) eine stattliche und maßgebende tschechische Ausgabe der Heiligen Schrift heraus, die Kralitzer Bibel (*Bible kralická*), die große Verbreitung bis zu den Slowaken in Oberungarn fand<sup>2</sup>.

Unter Rudolf II. erlebte Prag ab 1583 zum letzten Mal eine glanzvolle Epoche als Kaiserresidenz. Der an Malerei, Plastik, Musik, Geographie, Astronomie und Alchimie interessierte Herrscher förderte Sammlungen und wissenschaftliche Experimente – so von Tycho de Brahe und Johannes Kepler – und ließ die Prager Burg zu einer der wichtigsten europäischen Kulturmetropolen ausbauen. Die großen Grundherrschaften weiteten sich zu richtigen Gutskomplexen, die exportorientiert mit Lohnarbeitern nicht nur die Getreideproduktion und die Schafzucht, sondern auch die Glasherstellung und die Tuch- und Leinenproduktion forcierten. Allerdings begannen der päpstliche Nuntius und der Prager Erzbischof eine schärfere Rekatholisierungspolitik, und katholische Herren wie die Rosenberger, die Neuhäuser und die Lobkovic gründeten weitere Jesuitenkollegien. Ab der Jahrhundertwende besetzte Kaiser Rudolf – unter dem Einfluss des Nuntius – die höchsten Landesämter in Böhmen und Mähren nur mehr mit Katholiken, was bedeutende Familien wie die Liechtenstein und Slavata zur Konversion veranlasste. Als freilich von Erzherzog Matthias, dem Bruder des Kaisers, ein während des langen Türkenkrieges ausgebrochener ungarischer Adelsaufstand nur durch Anerkennung der ständischen und konfessionellen Freiheiten beendet werden konnte, sammelte sich die protestantische Ständeopposition auch in Böhmen und Mähren. In Kooperation mit Matthias zwangen sie Rudolf zum Vertrag von Lieben 1608, in dem er Matthias die

---

<sup>2</sup> R. J. W. EVANS, Das Werden der Habsburgermonarchie 1550-1700. Gesellschaft, Kultur, Institutionen, Wien – Köln – Graz 1986, 32; vgl. Anton GINDELY, Geschichte der Gegenreformation in Böhmen, Leipzig 1894; Ludwig von GOGOLÁK, Beiträge zur Geschichte des slowakischen Volkes, 1. Bd.: 1526-1790, München 1963.

Herrschaft über Österreich, Ungarn und Mähren bestätigen musste. Und eine Konföderation böhmischer und schlesischer Stände zwang Kaiser Rudolf 1609 zum berühmten Majestätsbrief, in dem er die *Confessio Bohemica* anerkannte, eine protestantische Kirchenordnung und die Wahl von Defensoren zuließ und den protestantischen Ständen das Konsistorium und die Universität übergab. Als der Entsatzversuch Erzherzog Leopolds, des Passauer Bischofs, mit seinem „Passauer Volk“ scheiterte, musste Rudolf 1612 auch der Wahl Matthias' zum König von Böhmen zustimmen<sup>3</sup>.

Kaiser Matthias bestätigte zwar den Majestätsbrief, begünstigte aber unter dem Einfluss des Wiener Bischofs, Melchior Kardinal Khlesl, die weitere Rekatholisierung. Nachdem Matthias eine Konföderation der böhmischen Länder verhindert hatte, setzte er 1617 im böhmischen Landtag durch Einzelabstimmung die Annahme und Krönung des eindeutig gegenreformatorisch eingestellten Erzherzogs Ferdinand aus Innerösterreich zum König von Böhmen durch. Weitere Maßnahmen zur Einschränkung des Protestantismus in den königlichen Städten und auf kirchlichen Gütern führten aber im Frühjahr 1618 zum offenen Konflikt, als protestantische Stände die königlichen Statthalter aus der Prager Burg stürzten. Eine ständische Verwaltung von 30 Direktoren setzte sich sowohl die Verteidigung der ständischen und konfessionellen Freiheiten als auch die Entthronung der Habsburger zum Ziel, stellte Truppen auf und knüpfte Verbindungen zu den protestantischen Reichsständen. Ein Generallandtag der böhmischen Länder – also einschließlich der mährischen, schlesischen und lausitzischen Stände – beschloss in einer Konföderationsakte am 31. Juli 1619 eine ständestaatliche Verfassung mit einem Ständeausschuss als Regierung und einem Wahlkönig. Schließlich wurde Kaiser Ferdinand II. als König von Böhmen abgesetzt und der Calvinist Friedrich V. von der Pfalz zum König gewählt<sup>4</sup>.

Der nun beginnende Dreißigjährige Krieg wurde allerdings ein europäischer Krieg der Großmächte und Konfessionen, nicht der Nationen. Denn in der berühmten Schlacht am Weißen Berg (*Bílá hora*) am 8. November 1620, kämpften katholische Bayern, Wallonen, Lothringer, Neapolitaner, Spanier, Niederösterreicher, Polen, Ungarn und Kroaten gegen protestantische Pfälzer, Sachsen, Böhmen, Mährer, Schlesier, Oberösterreicher, Ungarn, Holländer, Engländer und Schotten. Und das kaiserliche Blutgericht auf dem Altstädter Ring in Prag am 21. Juni 1621 traf unter den 27 Hingerichteten drei Herren, sieben Ritter und 17 Bürger, Deutsche und Tschechen. Freilich, die Böhmisches Hofkanzlei und die Wenzelskrone wurden nach Wien transferiert, Deutsch wurde neben Tschechisch als gleichberechtigte Landessprache eingeführt, und die „Verneuerten Landesordnungen“ von 1627/28 in deutscher Sprache machten Böhmen und Mähren zu erblichen Kronländern der Habsburger. Der Majestätsbrief Rudolfs wurde widerrufen, die Staatsbeamten mussten künftighin nur mehr einen Eid auf den König schwören, und nur der König sollte in

<sup>3</sup> R. J. W. EVANS, *Rudolf II. And His World: A Study in Intellectual History*, Oxford 1973; vgl. Josef JANÁČEK, *Rudolf II. A jeho doba* [Rudolf II. und seine Zeit], Praha 1987.

<sup>4</sup> Josef POLIŠENSKÝ, *Der Krieg und die Gesellschaft in Europa 1618-1648*, *Documenta Bohemica Bellum Tricennale Illustrantia* 1, Praha 1971, 73-86.

Zukunft Adelspatente verleihen. Wesentlich härter waren die erzwungenen Auswanderungen von mindestens 100.000 tschechischen und deutschen Protestanten, darunter 350 bis 400 Familien des Herren- und Ritterstandes, die auch mit dem Verlust ihrer Güter bestraft wurden. Eine gute Hälfte der Bürgerfamilien, die zwischen 1624 und 1627 Prag aus religiösen Gründen verlassen musste, waren in Wirklichkeit Deutsche und keine Tschechen, darunter die reichsten. Unter der ausgewiesenen städtischen Intelligenz befand sich auch der bedeutende pädagogische Theoretiker und letzte Bischof der Brüdergemeinde, Jan Ámos Komenský (Comenius). Noch in der Begründung für die tschechoslowakische Bodenreform nach dem Ersten Weltkrieg wurde an die Konfiskationen im Dreißigjährigen Krieg erinnert<sup>5</sup>.

Die Zeit zwischen dem Westfälischen Frieden und der Mitte des 18. Jahrhunderts war dennoch keine Epoche der „Finsternis“ (*temno*), von der noch in kommunistischer Zeit gesprochen wurde. Der einschneidende Elitenwechsel – unter der neuen Führungsschicht befanden sich nicht wenige Condottieri wie Octavio Piccolomini, Matthias Gallas und Johann Aldringen – führte hingegen zu einer Europäisierung der böhmisch-mährischen Adelsgesellschaft und –kultur. Aber auch innerhalb der tschechischen Familien gab es eine größere Ablöse. Namhafte Geschlechter wie die Neuhauser, die Rosenberger, die Smiřický und die Pernstein starben aus, während die Lobkovic, Slavata, Martinic, Černín, Kinský, Vratislav, Kolovrat und Kounice aufstiegen, sogar bis in den neu geschaffenen habsburgischen Fürstenstand. Dem Beispiel des 1634 von kaisertreuen Offizieren ermordeten Generalissimus Albrecht von Wallenstein (Valdštejn) folgend, ließen die großen Gutsherren prächtige Barockschlösser und repräsentative Stadtpaläste errichten; die Erzbischöfe von Prag und Olmütz, sowie Bischöfe und Äbte wetteiferten mit ihnen im Ausbau ihrer Residenzen und Klöster. Jesuiten, Piaristen und Benediktiner bauten ein hochwertiges Schulwesen auf, und in der volkssprachlichen Literatur wie auch in der Erbauungsliteratur wurde die tschechische Sprache weiter gepflegt. Der Jesuit Bohuslav Balbín schrieb sowohl eine Geschichte des Königreiches Böhmen als auch eine Verteidigung der tschechischen Sprache, die jedoch erst 100 Jahre später, 1775, veröffentlicht wurde. Hofkapellen, Chöre und Musikschulen sorgten für eine Musikkultur, die noch Mozart in Erstaunen versetzte. Allerdings wälzten die mächtigen Grundherren die auf Grund der habsburgischen Türkenkriege zunehmende Steuerlast auf ihre bäuerlichen Untertanen ab, die sich dagegen mit Unruhen wehrten. Im Übrigen bestand ein Kryptoprottestantismus in den nördlichen Randgebieten

---

<sup>5</sup> Josef PEKAŘ, Bílá hora [Der Weiße Berg], in: Josef PEKAŘ, O smyslu českých dějin, V Praze 1990, 157-274; Josef POLIŠENSKÝ, Tragic Triangle. The Netherlands, Spain and Bohemia 1617-1621, Prague 1991; Hermenegild JIREČEK, Obnovené právo a zemské zřízení dědičného království Českého – Verneuerte Landes-Ordnung des Erb-Königreichs Böhmen 1627, Praha 1888; Václav BŮŽEK, Zum tschechisch-deutschen Bilinguismus in den böhmischen und österreichischen Ländern in der frühen Neuzeit, in: Österreichische Osthefte 35 (1993) 577-592. Das tschechisch-nationale Stereotyp der „Verfolgung“ und „Ausrottung“ des böhmischen Adels nach der Schlacht auf dem Weißen Berg wird auch vom sonst sehr kritischen Dichter-Präsidenten Václav Havel verwendet. Vgl. Václav HAVEL, Fassen Sie sich bitte kurz. Gedanken und Erinnerungen zu Fragen von Karel Hvízdala, Reinbek bei Hamburg 2007, 65, 137, 305 f.

Böhmens und Mährens fort, der in Schlesien auf Druck Schwedens sogar anerkannt werden musste<sup>6</sup>.

Die „Weltmacht des Barock“ bereitete das „Werden einer Großmacht“ vor (Oswald Redlich). Durch den politischen Akt der Gegenreformation, durch die erfolgreiche wirtschaftliche und soziale Entwicklung, durch ein ganzes Bündel an allgemeinen geistigen Gewohnheiten und nicht zuletzt durch die erfolgreiche Zurückschlagung der Osmanen seit 1683 war am Beginn des 18. Jahrhunderts ein habsburgisches Imperium an der Donau zwischen Passau und Orşova entstanden, freilich kein „Staat“, sondern „eine zaghafte zentripetale Agglutination verwirrend heterogener Elemente“ (Robert J. W. Evans). Hand in Hand mit der territorialen Expansion nach Südosteuropa und nach Oberitalien kam es zur vollsten Entfaltung der barocken Zivilisation. Die Bautätigkeit, die schönen Künste, der Prunk und die Volksfrömmigkeit erreichten ihre größte Entfaltung unter der Herrschaft einer wenig schillernden Persönlichkeit der Habsburgerkaiser, unter Karl VI. Immerhin ließ er mit der „Pragmatischen Sanktion“ von 1713 die österreichischen, böhmischen und ungarischen Erbländer zu einer „monarchischen Union ihrer Königreiche und Länder“ (Otto Brunner) zusammenfassen, die jedoch für sich selbstverwaltete „Ständestaaten“ blieben. Somit war das östliche Mitteleuropa nach dem Frieden von Passarowitz (Požarevac) 1718 den äußeren Erscheinungsformen nach zu einem geordneten, angemessen wohlhabenden und kulturell und politisch harmonischen Reich zwischen Niederschlesien und Nordserbien, zwischen Vorarlberg und Siebenbürgen geworden. Freilich verdeckte die imperiale äußere Erscheinungsform die unvollständige Konsolidierung der Gesellschaftsstruktur der Gegenreformation, andererseits die Ressentiments der protestantischen Minderheiten in Ungarn und Schlesien gegenüber dem katholischen Machtsystem. So gelang es dem Wiener Hof nie zur Gänze, die Loyalitäten seiner Völker zu gewinnen<sup>7</sup>.

Kaiser Karl VI. verabsäumte auch – entgegen dem Rat des Hofkriegsratspräsidenten Prinz Eugen von Savoyen – die ausreichende militärische Absicherung seines Imperiums, was seine Tochter Maria Theresia nach 1740 mit dem Verlust von sechs Siebtel der gewerbereichen schlesischen Fürstentümer an Preußen bezahlen musste. Den Verlust Böhmens an den Konkurrenten Karl VII. aus dem Hause Wittelsbach wusste sie aber militärisch zu verhindern. Dann kompensierte die Königin von Böhmen und Ungarn den für sie unvergessenen Verlust Schlesiens mit beachtlichen Modernisierungsschritten in der Zentralverwaltung, im Gerichtswesen, im allgemeinen (auch tschechischen) Schulwesen und in der Robotverpflichtung. Ma-

<sup>6</sup> Vít VLNÁŠ (Ed.), *The Glory of the Baroque in Bohemia. Art, Culture and Society in the 17<sup>th</sup> and 18<sup>th</sup> Centuries*, Exhibition of the National Gallery, Prague 2001; Milan HLAVÁČKA, *Habsburská monarchie v době barokní a osvícenské (1657/1665-1790)* [Die Habsburgermonarchie in der Zeit des Barocks und der Aufklärung (1657/1665-1790)], in: *Dějiny Rakouska* [Geschichte Österreichs], Praha 2002, 287-365.

<sup>7</sup> Oswald REDLICH, *Weltmacht des Barock*, Wien 4. Aufl. 1961; Oswald REDLICH, *Das Werden einer Großmacht*, Wien 4. Aufl. 1962; Otto BRUNNER, *Land und Herrschaft. Grundfragen der territorialen Verfassungsgeschichte Österreichs im Mittelalter*, Wien 5. Aufl. 1965, 441-463; EVANS, *Habsburgermonarchie* (wie Anm. 2), 313-316; vgl. Petr MAT’A, *Svět české aristokracie* [Die Welt der böhmischen Aristokratie], Praha 2004.

ria Theresia hielt zwar ihre Allianz mit der Kirche, dem Adel und der Intelligenz durchaus aufrecht, veränderte aber mit ihren Ratgebern – darunter der schlesische Graf Friedrich von Haugwitz, der mährische Fürst Wenzel von Kaunitz-Rietberg und der mährische Jude Joseph von Sonnenfels – die konservativ-universalistische Hierarchie in eine aufgeklärt-absolutistische. Die konfessionellen, wirtschaftlichen und sozialen Reformen Kaiser Josephs II. gingen noch wesentlich weiter, hoben die persönliche „Erbuntertänigkeit“ auf, stellten 1781 die Lutheraner, Calvinisten und Orthodoxen den Katholiken im wesentlichen gleich, ließen die Juden zu Handwerken, Gewerben, Industrien und Hochschulstudien zu, hoben die Klöster, die nicht in der Jugenderziehung oder in der Krankenpflege engagiert waren, auf, modernisierten die Priesterausbildung und dekretierten 1784 die deutsche Amtssprache für die gesamte Monarchie. Der „Josephinismus“ scheiterte freilich an den Unzulänglichkeiten des barocken Systems, an der Opposition vieler ungarischer und böhmischer Adelige, Geistlicher und konservativer Pamphletisten, die romantische und föderalistische Forderungen vertraten, und an der Abstoßung fortschrittlicherer Kräfte im Netzwerk der Freimaurer. Im Geiste der Aufklärung und des Naturrechts vollendete Franz Zeiller 1811 immerhin das monumentale Werk des Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches (ABGB), das bis heute Grundlage des österreichischen Zivilrechtes bildet und auch in den böhmischen Ländern bis weit ins 20. Jahrhundert in Geltung stand<sup>8</sup>.

Seit den administrativen, wirtschaftlichen, sozialen, schulischen und konfessionellen Reformen unter Maria Theresia und Joseph II. ab der Mitte des 18. Jahrhunderts wurden die deutschen „Österreicher“ Antriebskraft und Vorbild für den aus dem „Westen“ kommenden zivilisatorischen Fortschritt, was zwar nicht zur „Eindeutschung“ der böhmischen und ungarischen Ober- und Mittelschichten führte, aber doch zu einer gewissen deutschen „Überschichtung“. Dieser Prozess wurde allerdings mit den im Vormärz einsetzenden Nationsbildungsprozessen bei Tschechen, Slowaken, Magyaren und Südslawen abgeschwächt, mit den wie eine Kettenreaktion aufbrechenden nationalen Revolutionen von 1848 weitgehend gebrochen. Und nach der kurzen Epoche des Neoabsolutismus – mit einer nochmaligen deutschsprachigen Modernisierung „von oben“ – setzten nach 1860 schlagartig eine ganze Reihe nationaler Emanzipationsprozesse bei den Magyaren, West- und Südslawen ein, die mit den Forderungen nach Gleichberechtigung und Vorherrschaft auch die künftigen Konfliktlinien markierten<sup>9</sup>.

<sup>8</sup> Grete KLINGENSTEIN, Was bedeuten „Österreich“ und „österreichisch“ im 18. Jahrhundert? Eine begriffsgeschichtliche Studie, in: Was heißt Österreich? Inhalt und Umfang des Österreichbegriffs vom 10. Jahrhundert bis heute, hg. von Richard G. PLASCHKA, Gerald STOURZH und Jan Paul NIEDERKORN, Archiv für österreichische Geschichte 136, Wien 1995, 149-220; Österreich und das Heilige Römische Reich. Ausstellung des Österreichischen Staatsarchivs, Wien 2006.

<sup>9</sup> Robert A. KANN, Geschichte des Habsburgerreiches 1526-1918, Wien – Köln – Graz 1977; Die Habsburgermonarchie 1848-1918, Bd. III: Die Völker des Reiches, 2 Bde., hg. von Adam WANDRUSZKA und Peter URBANITSCH, Wien 1980; Gerald STOURZH, Die Gleichberechtigung der Nationalitäten in der Verfassung und Verwaltung Österreichs 1848-1918, Wien 1985; Helmut RUMPLER, Eine Chance für Mitteleuropa. Bürgerliche Emanzipation und Staatsverfall in der Habsburgermonarchie, Österreichische Geschichte 1804-1914, Wien 1997; Friedrich PRINZ,

Die Tschechen wiederum wurden mit ihrer Nähe zum deutschen industriellen und kulturellen Entwicklungsvorsprung und ihren frühen Anfängen einer modernen Nationsbildung in vieler Hinsicht beispielgebend für die kleineren Nationen Ostmitteleuropas, im Besonderen für die Slowaken, Slowenen, Kroaten und Serben. Daher ist die Frage zu stellen, ob die böhmischen Länder eben aus diesem Grund das „klassische Kampffeld des nationalen Ringens“ geworden sind, wo zum erstenmal die „Formen und Methoden, [...] die ganze Technik, Psyche und Prozedur des modernen Kampfes von Kulturvölkern ausgebildet worden“ sind und wo auch „zum erstenmal das ganze Lebensphänomen des Nationalismus“ seine Ausprägung gefunden hat. Zweifellos waren für die tschechische Beziehungsgeschichte zu den „Deutschen“ drei Perspektiven maßgeblich: die deutsch-böhmische, die deutsch-österreichische und die „reichsdeutsche“ bzw. gesamtdeutsche. Aber auch die mährischen und schlesischen Besonderheiten sollten nicht übersehen werden. Schließlich ist die Rolle der zunehmend an das Deutschtum oder das Tschechentum assimilierten Juden in den böhmischen Ländern mitzubeachten. Jiří Kořalka analysierte unter den fünf Tendenzen einer modernen nationalen Entwicklung in Böhmen das Österreichertum, das Großdeutschtum, den Slawismus, den Bohemismus und das Tschechentum. Erst diese komplizierte Beziehungsstruktur verlieh der deutsch-tschechischen Konfliktgeschichte ihre besondere Dimension<sup>10</sup>.

Nach den vielen negativen Erfahrungen in den Napoleonischen Kriegen verschloss sich das Kaisertum Österreich unter der Führung des Staatskanzlers Metternich so gut es konnte den modernen Integrationskräften des ethnischen Nationalismus, ohne allerdings – wie in Frankreich, Großbritannien, Russland und bald auch in Deutschland – einen eigenen Staatspatriotismus entwickeln zu können. Da die Hegemonie der deutschen Sprache und Kultur seit der Mitte des 18. Jahrhunderts unangefochten war, bedurften die Deutschen Österreichs keiner eigenen sprachlich-ethnischen Identifikation wie die anderen Nationalitäten des Habsburgerreiches. Ihnen kam entgegen, dass sich die Reform- und Zentralisierungsbestrebungen des aufgeklärten Absolutismus unter Maria Theresia und Joseph II., aber auch später unter Metternich, nur in schwachen Ansätzen mit einer Politik der „Germanisierung“ verbanden. Dennoch gehörten Böhmen, Mähren und Schlesien neben den Ostalpenländern (einschließlich Krains) zu den am stärksten „eingedeutschten“ Ländern im östlichen Mitteleuropa. Die deutsche Sprache war in der Zeit zwischen 1750 und 1860 die nahezu ausschließliche Umgangssprache des Adels, des Bürgertums, der Bürokratie und der Intelligenz. Freilich hatten 1781 von den etwa vier

---

Böhmen und Mähren, Deutsche Geschichte im Osten Europas 2, Berlin 2002; Günter SCHÖDL (Hg.), Land an der Donau, Deutsche Geschichte im Osten Europas 6, Berlin 2002; Arnold SUPPAN (Hg.), Zwischen Adria und Karawanken. Deutsche Geschichte im Osten Europas 7, Berlin 2002.

<sup>10</sup> Miroslav HROCH, Die Vorkämpfer bei den kleinen Völkern Europas. Eine vergleichende Analyse zur gesellschaftlichen Schichtung der patriotischen Gruppen. Acta Universitatis Carolinae, Philosophica et Historica 24, Praha 1968; Jiří KOŘALKA, Tschechen im Habsburgerreich und in Europa 1815-1914. Sozialgeschichtliche Zusammenhänge der neuzeitlichen Nationsbildung und der Nationalitätenfrage in den böhmischen Ländern, Wien – München 1991, 23-75; Jan KRÉN, Die Konfliktgemeinschaft. Tschechen und Deutsche 1780-1918, München 2000, 14 f.

Millionen Einwohnern der böhmischen Länder nur 18.000 Personen als Adlige, Beamte oder Geistliche gezählt, weitere 120.000 Personen als Bürger und Handwerker. Die „deutsche Überschichtung“ war also in erster Linie ein Elitenproblem, während sich das Bevölkerungsverhältnis zwischen Tschechen und Deutschen kaum verschob<sup>11</sup>.

Die moderne tschechische Nationsbildung wurde in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts im Wesentlichen von der deutschen Nationsbildung angestoßen, die wiederum eine Emanzipation von der französischen Hegemonie darstellte. Die sozialen Mechanismen der Entstehung des modernen Deutschtums und des modernen Tschechentums unterschieden sich daher – zeitversetzt – nur in Nuancen, sodass die Mehrzahl der grundlegenden philologischen und historischen Werke der tschechischen „nationalen Wiedergeburt“ (*národní obrození*) in deutscher Sprache publiziert wurde. Die tschechische Nationalbewegung richtete sich dennoch gegen die Suprematie des Deutschtums, aber auch gegen die politische Überschichtung durch das Österreichertum, da die Politik Metternichs zwar eine gewisse kulturelle Emanzipation, aber keine konkreten nationalpolitischen Bestrebungen zuließ. Hingegen förderte Wien den Landespatritismus – den Bohemismus wie den Moravismus –, dem nicht nur ständische und kirchliche Strömungen nahestanden, sondern auch moderne demokratische Alternativen unter den Prager Deutschen, vor allem in der gebildeten und wohlhabenden Schicht des deutsch-jüdischen Bürgertums. So fanden auch tschechische Motive Eingang in die damalige deutsch-österreichische Literatur, wofür etwa Franz Grillparzers „König Ottokars Glück und Ende“ ein beredtes Zeugnis abgibt. Dennoch geriet der Landespatritismus zunehmend in Gegensatz zu beiden „böhmischen“ Nationalitäten. Denn bei den Deutsch-Österreichern schwang doch ein gehöriges Stück paternalistischer Überheblichkeit mit, während die tschechische Nationalbewegung in einem Milieu allgemeiner Vorherrschaft des Deutschen antideutsche Züge anzunehmen begann, sowohl im sprachlichen als auch im politischen Bereich. Der von Masaryk behauptete entwicklungsgeschichtliche Zusammenhang zwischen tschechischem Protestantismus (Hus, Böhmisches Brüder, Komenský) und nationaler Wiedergeburt war allerdings eine konstruierte Denkfiktion, denn die gesamte erste Hälfte des 19. Jahrhunderts stellte die katholische Priesterschaft eine Reihe der wichtigsten Vertreter der tschechischen Nationalbewegung<sup>12</sup>.

Auf den Reformen unter Joseph II. konnten die ersten drei Generationen der modernen tschechischen Nationalbewegung – zuerst die Generation des Geistlichen und Philologen Josef Dobrovský („Geschichte der böhmischen Sprache und Literatur“ 1792), dann die Generation des Philologen Josef Jungmann („Tschechisch-Deutsches Wörterbuch“, 1835-39), schließlich die Generation des Historikers Fran-

<sup>11</sup> KRĚN, Konfliktgemeinschaft (wie Anm. 10), 39-42; James J. SHEEHAN, German History 1770-1866, Oxford History of Modern Europe, Oxford 1989, 160-174, 533-542; vgl. Ernst BRUCKMÜLLER, Nation Österreich. Kulturelles Bewusstsein und gesellschaftlich-politische Prozesse, Wien – Köln – Graz <sup>2</sup>1996.

<sup>12</sup> KRĚN, Konfliktgemeinschaft, 50-57; vgl. Andreas OPLATKA, Stephan Graf Széchenyi, Wien 2004.

tišek Palacký („Geschichte von Böhmen“, 1. Band 1836) – erfolgreich aufbauen und in der Metternich-Zeit Landesmuseen und Kulturvereine gründen, sowie Geschichtsbücher und philologische Lehrbücher publizieren. Und der junge Journalist Karel Havlíček-Borovský schrieb in den 1824 aus der „Prager Post“ entstandenen „Prager Neuigkeiten“ (*Pražské noviny*) über den 1846 gegründeten tschechischen Prager „Bürgerklub“ (*Měšt'anská beseda*), unter dessen gut 100 Gründungsmitgliedern sich neben den einigen Dutzend Intellektuellen auch Advokaten, Ärzte, Gewerbetreibende, Juweliere, Kaufleute, Buchbinder und Braumeister befanden. Parallel zu diesen patriotischen Strömungen nahmen Binnenmigrationen, Handels- und Arbeitsbeziehungen, Mischeiraten und „Kinderwechsel“ auch in den böhmischen Ländern stark zu, die wesentlich zum Erlernen der jeweils anderen Sprache beitrugen. Das gemeinsame Erbe in der deutschen und tschechischen Sprache zeigte sich nicht zuletzt in vielen Ähnlichkeiten in Vokabular, Idiom und Struktur, ganz zu schweigen von den Denkgewohnheiten und Kreativitätsformen. Der Philosoph, Mathematiker und Theologe Bernhard Bolzano versuchte noch die Differenzen zwischen den beiden Nationalitäten mit der Propagierung eines „Bohemismus“ auszugleichen, scheiterte aber sowohl am Misstrauen seiner Prager Universitätskollegen als auch dem der Wiener Hofkommission. Immerhin wurden Palacký und Jungmann 1847 in die neu gegründete Kaiserliche Akademie der Wissenschaften in Wien gewählt, die Eröffnung im Jänner 1848 erlebte Jungmann freilich nicht mehr<sup>13</sup>.

Trotz breiter Felder von wirtschaftlichen und sozialen Gemeinsamkeiten und paralleler Interessen – dies drückte sich auch in vielen interethnischen Ehen und in einem vor allem in den Städten praktizierten Bilinguismus aus – existierte auch schon im Vormärz eine untere Ebene der Xenophobie. Nach dem Zeugnis eines tschechischen Landpfarrers aus dem Jahre 1830 konnte man unter dem einfachen Volk in Stadt und Land, unter den Kindern in der Schule, bei Militär und bei Wallfahrten beobachten, dass „der Tscheche den Deutschen nicht in dem Maße hasst, wie dieser den Tschechen verachtet“. Allerdings: Dies war noch kein Nationalitätenkonflikt auf der Ebene von Kollektiven in der politischen Sphäre. Sogar der Handschriftenstreit geriet erst in den 1850er Jahren zu einer deutsch-tschechischen Auseinandersetzung. Der junge Archivar Václav Hanka hatte bereits am 16. September 1817 die „Königinhofer Handschrift“ [*Rukopis královědvorský*] gefunden, und im Jahr darauf war die „Grünberger Handschrift“ [*Rukopis zelenohorský*] anonym an den Bürgermeister von Prag gesandt worden. Ihre Liedinhalte über den Vyšehrad und über die Fürstin Libuše sollten auf das 10. Jahrhundert zurückreichen und die Authentizität der tschechischen Kultur gegenüber der deutschen unter Beweis stellen. Immerhin nahm der Philologe Dobrovský die erste Handschrift in seine Edition auf, meldete allerdings Zweifel an der Echtheit der zweiten an. Aber Palacký verteidigte die beiden Handschriften, und Hanka erhielt eine Auszeichnung der Russischen Akademie der Wissenschaften. Erst im Jahre 1858 wurde Hanka in zwei deutschen Prager Zei-

<sup>13</sup> V. FALK, Ständische Verhandlungen in Österreich, Bd. 1: Der böhmische Landtag 1847, Hamburg 1848, 73-99; Briefe an Therese. Korrespondenz von František PALACKÝ mit seiner Braut und späteren Frau aus den Jahren 1827-1860, hg. von Jiří KOŘALKA, Dresden 2003, 1-13.

tungen offen der Fälschung beschuldigt, was zu antisemitischen Ausschreitungen gegen den Herausgeber David Kuh führte. Erst um die Mitte der 1880er Jahre gelang es dem jungen Professor Tomáš Garrigue Masaryk mit Unterstützung durch den Philologen Jan Gebauer in der Zeitschrift *Atheneum* die Fälschungen Hankas nachzuweisen, was ihnen den Vorwurf des Verrats einbrachte<sup>14</sup>.

Obwohl das Regime des Staatskanzlers Clemens Lothar Fürst Metternich außenpolitisch die neuen nationalen Bewegungen in Deutschland, Italien und Polen scharf bekämpfte, versuchte es innenpolitisch die national-kulturellen Entwicklungen der Magyaren, Tschechen, Kroaten, Serben und Slowenen durchaus zu fördern. Daher wurde die Metternich-Zeit auch für die Tschechen die erste Epoche zur Formierung einer modernen Kulturnation. Nicht nur die Deutschen, auch die Tschechen hielten zu dieser Zeit noch am traditionellen Ausdruck „Böhmen“ und „böhmisch“ sowohl für das Land als auch für das Volk und die Sprache fest, da *český* sowohl „böhmisch“ als auch „tschechisch“ bedeutet. Denn als „Böhmen“ waren und blieben sie eine historische Nation und die „Erben glorreicher Traditionen des Königreichs“; als „Tschechen“ dagegen konnten sie als geschichtsloses Volk betrachtet werden. Und genau dies bezweckte die deutsche Publizistik nach der Rheinkrise von 1840, wenn sie die Formen „Czechen“ und „czechisch“ verwendete. In Prag aber übernahm 1844 der radikaldemokratische Club *Repeal* die Idee des andauernden Kampfes der Tschechen gegen das Deutschtum und sah im Kampf der Iren gegen England sein Vorbild<sup>15</sup>.

Nach der „Rheinkrise“ von 1840 – als Frankreich infolge seiner Niederlage in der „Orientkrise“ vergeblich Kompensationen am Rhein verlangte und eine österreichisch-preußische Koalition und ein starkes Anwachsen des deutschen Nationalbewusstseins provozierte<sup>16</sup> – wurden auch in den böhmischen Ländern Vorboten eines politischen Nationalismus sichtbar. Der Deutschböhme Franz Schuselka veröffentlichte 1843 in den „Leipziger Jahrbüchern“ einen Leserbrief, in dem er seinen früheren bohemistischen Standpunkt revidierte und eine klare nationale Haltung forderte: deutsch oder tschechisch – tertium non datur. Leo Graf Thun, ein führender böhmischer Magnat, betonte hingegen in vertraulichen, für die Regierung bestimmten Memoranden das staaterhaltende politische Potential der tschechischen Nationalbewegung und ihre Loyalität gegenüber Österreich. Und die ständische Opposition präsentierte 1847 – nach Konsultationen mit dem ständischen Historiographen František Palacký – eine „Deduktion“, in der sie mit der Forderung nach

<sup>14</sup> Obrození národa. Svědectví a dokumenty [Die Wiedergeburt der Nation. Zeugnisse und Dokumente], hg. von Jan NOVOTNÝ, Praha 1979, 269; zitiert nach: KŘEN, Konfliktgemeinschaft (wie Anm. 10, 56; SAYER (wie Anm. 19), Bohemia, 144 f.

<sup>15</sup> KOŘALKA, Tschechen im Habsburgerreich (wie Anm. 10), 57; vgl. Ralph MELVILLE, Adel und Revolution in Böhmen. Strukturwandel von Herrschaft und Gesellschaft in Österreich um die Mitte des 19. Jahrhunderts, Mainz 1998.

<sup>16</sup> Heinrich LUTZ, Zwischen Habsburg und Preußen. Das Ringen um die Vormacht in Deutschland 1815-1866, Berlin 1985, 199-202.

Wiederherstellung des böhmischen Staates den Grundstein für ein staatsrechtliches Programm legte<sup>17</sup>.

Der aus einer Gemeinde der Böhmisches Brüder im nordöstlichen Mähren gebürtige Palacký legte mit seiner „Geschichte von Böhmen“, deren erster Band im Oktober 1836 in Prag erschienen war, den Grundstein für eine national-tschechische Geschichtsdeutung, in der Überzeugung, dass Böhmen und Mähren wegen ihrer Lage in der Mitte Europas verschiedenartige Elemente und Grundsätze des staatlichen, nationalen und kirchlichen Lebens beinhalteten. Den Hauptinhalt der böhmischen Geschichte erblickte Palacký daher nicht in der Synthese des tschechischen und deutschen Elements auf der Ebene des Landes, sondern in ständiger „Berührung“ und „Widerstreit“ (*stýkáni a potýkáni*) des Slawentums mit dem Römertum und Deutschtum. Trotz der mehr als tausendjährigen Verbindung mit der deutschen Welt habe das „böhmische“ Volk seine Eigenständigkeit behauptet und nicht aufgehört, ein slawisches Volk zu sein. Aus Geschichte und Gegenwart ergebe sich daher für das böhmische Volk die Aufgabe, als Vermittler und Brücke zwischen dem Deutschtum und dem Slawentum, zwischen dem europäischen Westen und Osten zu wirken. Palacký knüpfte sein Geschichtsbild allerdings auch an die Kampfsituation des frühen 15. Jahrhunderts an, an die Hinrichtung des katholischen Reformators Jan Hus in Konstanz 1415 und an die Hussitenkriege gegen Kaiser und Papst. Palackýs Geschichtsbild der „Verteidigung“ der Vergangenheit des tschechischen Volkes und der Ideologie der Gewaltlosigkeit der Böhmisches Brüder übernahmen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts viele tschechische Intellektuelle, allen voran Schriftsteller wie Alois Jirásek, der mit seinen historischen Romanen dem einseitig nationalistischen Geschichtsbild eine noch ganz andere Breitenwirkung als Palacký selbst verschaffte<sup>18</sup>.

Bereits im Jahre 1833 hatte der Professor für österreichische Geschichte an der Karlsuniversität, Josef Linhart Knoll, den Obersthofkanzler Anton Friedrich Graf Mittrowsky vor den kulturellen Aktivitäten des Kreises um Palacký gewarnt:

„[...] Four times already frightful, destructive Czechism had risen up against Germany and Austria: during the Hussite Wars, under Jiří z Poděbrad, against Ferdinand I during the Schmalkaldic War, and under Rudolf II, Matyáš, and Ferdinand II [...]. History hides a fresh, quickening source with which to arouse and enthuse the nation for the old independence and freedom, for the former grandeur and fame; the national language then points the right road through which this could be accomplished. Czechs will always consider as the golden age of their glory the times when the Czech language expelled Germans from the Karolinum, when King Jiří spoke Czech with the Utraquist lords, and finally when the Czech [correct: Bohemian,

<sup>17</sup> Franz SCHUSELKA, *Deutsche Worte eines Österreicherers*, Hamburg 1843, 208; Joseph Mathias Graf von THUN, *Der Slawismus in Böhmen*, Prag 1845, 17; KŘEN, *Konfliktgemeinschaft*, 62-65.

<sup>18</sup> PALACKÝ, *Briefe an Therese* (wie Anm. 13), 153-165; Jiří KOŘALKA, *František Palacký (1798-1876). Der Historiker der Tschechen im österreichischen Vielvölkerstaat*, Wien 2007, 260-269. Der Oberstburggraf von Böhmen, Karl Graf Chotek, musste Palackýs Manuskripte der „Geschichte von Böhmen“ jeweils zur Zensur nach Wien senden. Der erste Band endete im Jahre 1197.

Anm. Suppan] Estates defiantly demanded the right to make treaties with neighbors despite the right of their monarchs, [and, Anm. Sayer] to hire and raise armies”<sup>19</sup>.

Wenig überraschend äußerte sich daher die Wiener Staatskanzlei 1843 nach einem von der Zensur eingeholten Gutachten über den dritten Band der „Geschichte von Böhmen“ bereits ziemlich missmutig über die Deutschfeindlichkeit des Verfassers und die tschechische Bewegung:

„Weit entfernt der naturgemäßen Entwicklung irgend einer Nationalität entgegenzutreten zu wollen, hat die Staatsverwaltung auch nichts gegen die Ausbildung und Förderung der böhmischen Literatur einzuwenden. Allein sie kann nicht zugeben, dass in einem Staate, wo viele Nationen unter e i n e m Zepter vereint sind und einem Herrscher deutschen Stammes gehorchen, eine einzelne Nationalität die anderen, am wenigsten die herrschende, zu befehlen, zu verunglimpfen oder zu untergraben sich erlaube“<sup>20</sup>.

Palackýs Synthese durfte – vor allem mit Protektion des Staats- und Konferenzministers Franz Anton Graf Kolowrat-Liebsteinsky – dennoch weiterhin erscheinen und erfuhr noch größere Bedeutung, als sie ab März 1848 auch in tschechischer Sprache erschien, nun freilich als „Geschichte des tschechischen Volkes in Böhmen und Mähren“ (*Dějiny národu českého v Čechách a v Moravě*). Aus der ursprünglich intendierten Landesgeschichte war also eine Nationalgeschichte geworden – exakt der Entwicklung im Jahre 1848 angepasst<sup>21</sup>.

Palacký nahm zwar im Jänner/Februar 1848 an der Gründungsversammlung der Kaiserlichen Akademie der Wissenschaften in Wien teil, lehnte aber im April 1848 die Einladung des Fünzfürer-Ausschusses zur Einberufung eines deutschen Parlaments in Frankfurt am Main ab, da er als „Böhme slawischen Stammes“ die tschechische Gesellschaft nicht in den deutschen Einigungsprozess einbezogen sehen wollte. Daher formulierte er damals als „Böhme slawischen Stammes“ ein austroslawisches Programm: „Wahrlich, existierte der österreichische Kaiserstaat nicht schon längst, man müsste im Interesse Europas, im Interesse der Humanität selbst sich beeilen, ihn zu schaffen“<sup>22</sup>.

Ein böhmisches Mitglied des Fünzfürer-Ausschusses in Frankfurt, Ignaz Kuranda, versuchte in Prag mit Palacký über die Teilnahme der tschechischen Partei an den Wahlen zur deutschen Nationalversammlung zu verhandeln. Da Palacký in seiner Argumentation einmal den geschichtlichen, ein ander Mal den revolutionären Standpunkt vertrat, bat ihn Kuranda, dieses „Durcheinanderwerfen zweier ganz entgegengesetzter Gesichtspunkte“ zu vermeiden, bis er erkannte, dass diese Verwirrung nicht unbeabsichtigt war:

<sup>19</sup> Derek SAYER, *The Coasts of Bohemia. A Czech History*, Princeton 1998, 98.

<sup>20</sup> Alfred FISCHER, *Der Panslawismus bis zum Weltkrieg. Ein geschichtlicher Überblick*, Stuttgart und Berlin 1919, 64.

<sup>21</sup> KOŘALKA, František Palacký (wie Anm. 18), 255-326; PALACKÝ, Briefe an Therese (wie Anm. 13), 375-393.

<sup>22</sup> Franz PALACKÝ, *Gedenkblätter. Auswahl von Denkschriften, Aufsätzen und Briefen aus den letzten fünfzig Jahren*, Prag 1874, 149-155; Andreas MORITSCH (Hg.), *Der Austroslawismus. Ein verfrühtes Konzept zur politischen Neugestaltung Mitteleuropas*, Wien – Köln – Weimar 1996.

„[...] Jetzt handelt es sich nicht mehr darum, dass die Czechen gleiche Rechte besitzen sollen mit den Deutschen! Es handelt sich um ihre Oberherrschaft! Unsere Wahlen wurden als nicht berechtigt ausgeschrien, unsere Farben wurden insultiert, unsere Vereine wurden gesprengt, unsere Presse eingeschüchtert und terrorisiert. Es handelt sich darum, dass wir Deutsche fortan bloß als Eingewanderte, als geduldete Fremdlinge betrachtet werden sollen; es handelt sich hier nicht mehr etwa darum, dem deutschen Element zum Sieg über das czechische zu verhelfen, es handelt sich nur um Verteidigung desselben gegen slavische Tyranneigelüste [...]“<sup>23</sup>.

Der *Repeal*-Aktivist und führende tschechische Journalist des Jahres 1848, Karel Havlíček-Borovský, forderte bereits in der ersten Nummer seiner *Národní Noviny* (Nationalzeitung) die politische Vorherrschaft der Tschechen in den staatsrechtlich künftig zusammenzufassenden böhmischen Ländern. Zur selben Zeit wurde die national-politische Spaltung in den böhmischen Ländern eingeleitet: vereinspolitisch, als sich am 9. April 1848 in Wien der „Verein der Deutschen aus Böhmen, Mähren und Schlesien“ bildete, tags darauf in Prag der *Národní výbor* (Nationalausschuss). Die Spaltung setzte sich bei den Wahlen zur deutschen Nationalversammlung fort. Während die Tschechen keine Abgeordneten gewählt hatten, entsandten die Deutschen der böhmischen Länder beachtliche 68 Vertreter in die Frankfurter Paulskirche. Dafür trafen sich Anfang Juni 1848 etwa 340 Tschechen, Slowaken, Polen, Ukrainer, Slowenen, Kroaten und Serben zu einem Slawenkongress auf der Sophieninsel in Prag, der allerdings mit dem Pfingstaufstand Prager radikaldemokratischer Studenten und Arbeiter von den Truppen des Feldmarschalls Alfred Fürst Windisch-Graetz vorzeitig aufgelöst wurde<sup>24</sup>.

Wesentlicher waren die Wahlen zum ersten österreichischen Reichstag im Juni 1848 und seine Eröffnung am 22. Juli durch Reichsverweser Erzherzog Johann. Da sich das Königreich Ungarn samt Siebenbürgen und Kroatien-Slawonien an diesen Wahlen nicht beteiligt hatte, betraf der Antrag des deutsch-mährischen Abgeordneten Ludwig von Löhner am 26. Juli 1848 lediglich die Schaffung nationaler Kreise in Österreich. Die bisherige Kreiseinteilung sollte verbleiben, sollte jedoch „mit Bezug auf die natürlichen, geographischen und ethnographischen Grenzen einer Revision unterzogen“ werden. Später führte Löhner seinen Plan des „nationalen Föderalismus“ noch näher aus: Allen Volksstämmen sei innerhalb ihrer Wohnsitze die volle Autonomie einzuräumen, da nur auf diese Weise das gleiche Recht aller verwirklicht und die Herrschaft des einen über den anderen beseitigt werden könnte. Die historisch gewordenen Ländergrenzen dürften kein Hindernis auf diesem Wege sein. Es seien daher neue Kronländer oder Nationsgebiete nach den Sprachgrenzen zu bilden, und innerhalb dieser wäre die betreffende Sprache als ausschließliche Geschäfts- und Unterrichtssprache einzuführen. Österreich sollte ein

<sup>23</sup> Stenographischer Bericht über die Verhandlungen der deutschen constituierenden Nationalversammlung zu Frankfurt a.M., hg. von Franz WIGARD, Bd. I, o. O. 1848, 664 f.

<sup>24</sup> Miroslav ŠESTÁK, Der tschechische Austroslavismus bis zum österreichisch-ungarischen Ausgleich in der tschechischen Historiographie, in: Der Austroslavismus, 24-35; vgl. Milan HLAVÁČKA, Rakouska monarchie v „dlouhem“ 19. století (1790-1918) [Die Habsburgermonarchie im „langen“ 19. Jahrhundert (1790-1918)], in: Dějiny Rakouska [Geschichte Österreichs], Praha 2002.

Nationalitäten-Bundesstaat oder Föderativstaat werden, der aus folgenden fünf Nationalstaaten bestünde:

1. Deutschösterreich: aus Nieder- und Oberösterreich, Salzburg, den deutschen Teilen Tirols, Vorarlberg, dem Villacher und Klagenfurter Kreis Kärntens (bis zur Drau), dem Troppauer Kreis Schlesiens und den deutschen Teilen Böhmens und Mährens, sowie der Steiermark; Verwaltungssprache deutsch.
2. Tschechischösterreich: aus den tschechischen Teilen Böhmens und Mährens und dem Teschener Kreis Schlesiens; Verwaltungssprache tschechisch.
3. Polnischösterreich: aus Galizien und der Bukowina; Verwaltungssprache polnisch.
4. Slavonischösterreich: aus den slowenischen Teilen Innerösterreichs; Verwaltungssprache slowenisch.
5. Italienischösterreich: aus den italienischen Teilen Südtirols und des Küstenlandes; Verwaltungssprache italienisch<sup>25</sup>.

Palacký hatte schon bald nach Eröffnung des Reichstages im Juli 1848 erkannt, dass „unsere giftigsten Gegner [...] die Deutschböhmern“ seien, vorzüglich der Wiener Arzt Ludwig von Löhrer, der Gründer des „Vereins der Deutschen aus Böhmen, Mähren und Schlesien zur Aufrechterhaltung ihrer Nationalität“; „sie [die Deutschböhmern, Anm. Suppan] wollten von dem Fortbestande eines Königreichs Böhmen nichts mehr wissen, sondern die ganze Monarchie in Departements auflösen“. Daher müsse er die „Patrioten“ (*vlastenci*) organisieren, „damit wir uns bei der Abstimmung im Reichstag nicht zersplittern“<sup>26</sup>.

Der im Herbst vor der Wiener Oktoberrevolution nach Kremsier (Kroměříž) in Mähren geflüchtete Reichstag wandte sich bald der Ausarbeitung einer modernen Verfassung zu. Hierbei präsentierte Palacký den Vorschlag einer Aufteilung der Habsburgermonarchie in acht autonome politische Einheiten – überwiegend nach dem ethnischen Prinzip (!):

- deutsch-österreichische Länder (deutsche Teile der Sudeten-, Donau- und Alpenländer);
- tschechische Länder (tschechische Teile der Sudetenländer und slowakische Teile Ungarns);
- polnische Länder (Galizien, Bukowina und Karpato-Ukraine);
- „illyrische“ Länder (Krain, sowie die slowenischen Teile der Steiermark, Kärntens und des Küstenlandes);
- italienische Länder (Lombardei, Venetien, Trentino, italienische Teile des Küstenlandes);
- südslawische Länder (Dalmatien, Kroatien, Slawonien und die Vojvodina);
- magyrische Teile Ungarns und Siebenbürgens;
- rumänische Teile Siebenbürgens, Ungarns und der Bukowina.

<sup>25</sup> Raimund KAINDL, *Der Völkerkampf und Sprachenstreit in Böhmen*, Wien 1927, 47.

<sup>26</sup> PALACKÝ, *Briefe an Therese* (wie Anm. 13), 27. Juli 1848, 411.

Palackýs Vorschlag hätte etwa die Teilung Böhmens, Mährens und Schlesiens in einen tschechischen und deutschen Teil bedeutet, aber auch eine ethnisch-nationale Teilung Ungarns, der Steiermark, Kärntens, des Küstenlandes und Tirols. Im Jahre 1848 fand sich jedoch keine Mehrheit für Teilungen von historischen Ländern. Tatsächlich kam es aber nach 1918 in Ungarn und den Alpenländern zu solchen nationalen Teilungen, freilich zu Lasten der Magyaren und Deutschen, im Herzogtum Teschen zu Lasten der Polen<sup>27</sup>.

Der Neoabsolutismus behinderte zwar für ein Jahrzehnt die nationalpolitischen Entwicklungen, modernisierte aber durch eine „Revolution von oben“ mit einer Neuordnung der Gymnasien und Universitäten, mit dem Bau bzw. Weiterbau strategisch und wirtschaftlich wichtiger Eisenbahnen (Nordbahn, Südbahn, Ostbahn, Westbahn), der Errichtung eines Post- und Telegraphennetzes, der Grundentlastung, dem Aufbau eines modernen Bankwesens, einer zweiten Industrialisierungswelle, sowie Neuerungen in der Statistik und im Strafrecht die Gesellschaften in den böhmischen und österreichischen Ländern. Als Kaiser Franz Joseph I. im Jahre 1868 Prag besuchte, vermeinte er, in der böhmischen Hauptstadt noch immer ein deutsches Erscheinungsbild wahrzunehmen. Aber die Deutschen stellten nur mehr in den alten vier Prager Städten – in der Altstadt (*Staré město*), in der Neustadt (*Nové město*), auf der Kleinseite (*Malá strana*) und auf dem Hradschin (*Hradčany*) – eine bedeutende Minderheit, waren aber in den industrialisierten Vorstädten so gut wie nicht vertreten<sup>28</sup>.

In der kulturellen Entwicklung der böhmischen und österreichischen Länder gab es durchaus noch Gemeinsames. Gemeinsam war seit der Barockzeit der Kontext von Architektur, Malerei, bildender Kunst und Musik; gemeinsam waren die empirische Diagnose des Anatomen Karl von Rokitansky und des Internisten Joseph Škoda – des Bruders des Begründers der Škodawerke in Pilsen (Plzeň) –; das Sammeln statistischer Daten von Karl von Czoernig; die Walzermelodien von Johann Strauß Vater und Sohn; die lange Zeit nicht veröffentlichte Vererbungslehre Gregor Mendels, des Augustinermonchs aus Brünn (Brno); das System der politischen Verwaltung und der Gerichtshöfe; die Lehre vom ökonomischen Grenznutzen von Carl Menger und Friedrich Wieser; die Romane Maries von Ebner-Eschenbach, einer geborenen mährischen Gräfin Dubský, mit ihrem ausgeprägten sozialen Empfinden; der Aufruf „Die Waffen nieder!“ Berthas von Suttner, eine auf dem Altstädter Ring in Prag geborene Gräfin Kinský; und die weltberühmt gewordene Darstel-

<sup>27</sup> KANN, Nationalitätenproblem, 2. Bd. (wie Anm. 9), 33-41; KOŘALKA, František Palacký (wie Anm. 18), 309-321; vgl. Kroměřížský sněm 1848-1849 a tradice parlamentarismu ve střední Evropě. Der Reichstag von Kremsier 1848-1849 und die Tradition des Parlamentarismus in Mitteleuropa, hg. von Eva DANIHELOVÁ, Josef HARNA, Milan HLAVAČKA, Petr PÁLKA, Vladimír PŘIKRYL, Jana STAREK, Kroměříž 1998.

<sup>28</sup> Karl GRÜNBERG, Die Bauernbefreiung und die Auflösung des gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisses in Böhmen, Mähren und Schlesien, 2 Bde., Leipzig 1893/94; Christoph STÖLZL, Die Ära Bach in Böhmen. Sozialgeschichtliche Studien zum Neoabsolutismus 1849-1859, Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 26, München – Wien 1971; RUMPLER, Mitteleuropa (wie Anm. 9), 341-347; Gary COHEN, The Politics of Ethnic Survival: Germans in Prague, 1861-1914, Princeton 1981.

lung einer inhumanen Bürokratie durch den Prager Franz Kafka, die seit den 1960er Jahren auch paradigmatisch für die Unterdrückung osteuropäischer Intellektueller durch das Sowjetregime galt<sup>29</sup>.

Auch Palacký schrieb nach 1849 – nun bereits der „Vater der Nation“ (*otec národa*) – nach wie vor in deutscher Sprache, wie sowohl die weiteren Bände seiner „Geschichte von Böhmen“ als auch seine 526 durchaus politischen „Briefe an Therese“, seine Braut und spätere Frau Therese Miechura, aus den Jahren 1826-1860 unter Beweis stellen. Der Komponist Friedrich (Bedřich) Smetana verfasste seine Tagebücher ebenfalls auf Deutsch. Die Gründer des Turnvereines *Sokol* [Der Falke], Friedrich Emanuel Tirsch, umbenannt in Miroslav Tyrš, und Heinrich (Jindřich) Fügner, unterhielten sich meist auf Deutsch, da Fügners „Kuchelböhmisch“ für eine schwierigere Diskussion nicht geeignet war. Und der 1850 in Goding (Hodonín) geborene Tomáš Masaryk, Sohn eines slowakischen Vaters und einer deutsch-mährischen Mutter, bekam seine Schulbildung am Deutschen Gymnasium in Brünn und an der Universität Wien. Erst mit Masaryks Berufung und Übersiedlung nach Prag 1882 wurde Tschechisch die Familiensprache der Masaryks<sup>30</sup>.

Nach der militärischen Niederlage in Oberitalien 1859 und dem Verlust der Lombardei war im Kaisertum Österreich neuerlich Staatsreform angesagt. Dem liberalen Bürgertum in Österreich und der liberalen Gentry in Ungarn war „etwas parlamentarisches Leben“ zu wenig, und sie verlangten nun Mitwirkung an den Staatsgeschäften. Das Februarpatent 1861 für die österreichische Reichshälfte räumte nun tatsächlich den Großgrundbesitzern, dem in den Handels- und Gewerbekammern vertretenen Bürgertum sowie den städtischen und ländlichen Gemeinden Mitbestimmungsrechte in den Landtagen ein. Jetzt mussten auch die etwa fünf Millionen Tschechen politisch wieder zur Kenntnis genommen werden. Aber wie sollte man einem „Fremden“ klarmachen, dass ein „Böhme“ ein „Tscheche“ oder ein „Deutscher“ sein konnte? Die Söhne der Kaufmanns-, Müller-, Bäcker-, Schuster-, Beamten- und Bauernfamilien, aus denen sich das tschechische Bildungsbürgertum rekrutierte, standen seit dem aufgeklärten Absolutismus – verstärkt noch durch das verbesserte Schulsystem des Neoabsolutismus – unter dem Einfluss der deutschen Bildung und bildeten eine wachsende Gruppe regierungsfreundlicher österreichischer Patrioten. Und dennoch stellte bereits am 19. September 1860 der Rechtsanwaltskonzipient in Friedland (Frýdlant), Julius Grégr, an die Statthalterei in Prag den Antrag, eine politische Zeitung in tschechischer Sprache unter dem Titel *Národní listy* (Nationalblatt) herausgeben zu dürfen. Und František Ladislav Rieger, dem als Schwiegersohn Palackýs die Konzessionierung einer politischen Zeitung verweigert worden war, verfasste für die erste Nummer des *Národní listy* am 1. Jänner 1861 den programmatischen Artikel. Er sprach im Namen „unserer historischen Nationalität, als der Nationalität der Mehrheit in unserer Heimat“ und

<sup>29</sup> William M. JOHNSTON, Österreichische Kultur- und Geistesgeschichte. Gesellschaft und Ideen im Donauraum 1848 bis 1938, Wien – Köln – Weimar 4. Aufl. 2006; SAYER, Bohemia (wie Anm. 19), passim; vgl. Jan HAVRÁNEK (Hg.), Dějiny Univerzity Karlovy [Geschichte der Karlsuniversität], III: 1802-1918, Praha 1997.

<sup>30</sup> PALACKÝ, Briefe an Therese (wie Anm. 13), 2003; SAYER, Bohemia (wie Anm. 19), 108 ff.

forderte für die Tschechen die uneingeschränkte nationale Gleichstellung mit den Deutschen, und zwar innerhalb eines einheitlichen böhmischen Staates. Da sowohl in der Städte- als auch in der Landgemeindenkurie Böhmens in den tschechischen Wahlbezirken mehr Stimmen für einen Abgeordneten benötigt wurden als in den deutschen Wahlbezirken, rechnete Palacký das Steueraufkommen der tschechischen und deutschen Steuerbezirke vor und kam zum Ergebnis, dass bereits 1860 in den 106 tschechischen Steuerbezirken das pro-Kopf-Steueraufkommen an direkten Steuern mehr ausmachte, als in den 80 deutschen Steuerbezirken<sup>31</sup>.

Im Jahre 1861 wurde Tschechisch wieder eine der beiden offiziellen Sprachen im Landtag, sowie in den mehrheitlich tschechischen Städten und Landgemeinden Böhmens und Mährens, und in Prag wurde František Václav Pšross zum ersten tschechischen Bürgermeister in neuerer Zeit gewählt. Nach Verlesung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung des böhmischen Landtages in deutscher und tschechischer Sprache protestierte der tschechische Abgeordnete Rojak in der Landtagssitzung vom 9. April 1861 gegen die abwechselnde Verwendung der Ausdrücke „cechisch“ und „böhmisch“ im deutschsprachigen Protokoll: „Ich bin ein geborener Böhme, und entsinne mich nicht, dass unsere Nation sich der Benennung Ceche und cechisch bedient hätte. Wir waren Böhmen und waren böhmisch; nur die neueste Journalistik hat leider zu unlöblichen Zwecken das Wort Ceche und cechisch ins Leben gerufen. Ich beantrage daher, man möge in dem hohen Hause hier das Wort Ceche und cechisch nie mehr wieder hören“. Der deutsche Abgeordnete Stamm replizierte eher zurückhaltend: „Ich glaube Böhmen ist der Gesamtname des Landes, und abgeleitet von der Bojerheimat; wir nennen uns Böhmen, und wenn wir eine Unterscheidung machen wollen, so sind wir Deutschböhmen“. [...] Da es in Böhmen zwei Sprachen gebe, brauche man ein unterscheidendes Wort, etwa „Deutschböhme, Cechischböhme“. Aber Palacký beharrte darauf, dass es amtlich um die „böhmische Nationalität, die böhmische Sprache“ gehe und dass man sich im Landtag des Ausdruckes „cechische Sprache“ enthalten solle, weil er durch keinen diplomatischen Gebrauch sanktioniert sei. Daraufhin wurde der Antrag mit „überwiegender Majorität“ angenommen<sup>32</sup>. – Erstaunlicherweise übernahmen auch noch die modernen österreichischen Volkszählungen zwischen 1880 und 1910 diese Argumentation der tschechischen Abgeordneten und fragten nicht nach der „tschechischen“ sondern nach der „böhmisch-mährisch-slowakischen Umgangssprache“.

Im Mai 1864 legte der böhmische Landtag – in dem die „Altschechen“ um Palacký und Rieger gemeinsam mit der „historischen Aristokratie“ die Mehrheit erlangt hatten – per Gesetz fest, dass erstens die Gleichberechtigung beider Landessprachen an den Mittelschulen des Königreichs und zweitens deren Einteilung in tschechische, deutsche und gemischte Anstalten zu gelten habe. Zudem wurde bestimmt, dass an allen Gymnasien und Realgymnasien Böhmens die jeweils andere Landessprache als Pflichtfach zu unterrichten sei. Das galt ab sofort für 13 tschechi-

<sup>31</sup> Otto URBAN, Die tschechische Gesellschaft 1848 bis 1918, Anton Gindely Reihe zur Geschichte der Donaumonarchie und Mitteleuropas 2, Wien – Köln – Weimar 1994, Bd. I, 213-251.

<sup>32</sup> Fritz Peter HABEL, Dokumente zur Sudetenfrage. Unerledigte Geschichte, München 2003, 182 f.

sche und 11 deutsche Mittelschulen und förderte natürlich die Zweisprachigkeit in den gebildeten Schichten. Die deutsch-böhmischen Liberalen und einige verfassungstreue Großgrundbesitzer wehrten sich vergeblich gegen diesen angeblichen „Sprachenzwang“. Mit den von den deutschen Liberalen in Wien beschlossenen österreichischen Schulgesetzen nach 1867 wurde auch dieser böhmische „Sprachenzwang“ wieder aufgehoben – zum Schaden für die zweisprachige Kommunikationsfähigkeit der künftigen Generationen<sup>33</sup>.

Bereits im Juli 1865 hatten sich 66 tschechische Abgeordnete des böhmischen Landtages an den Kaiser gewandt und die Anerkennung des böhmischen Staatsrechtes verlangt. Freilich taten sie das nicht im Namen des politischen Volkes der „Böhmen“ im historisch-staatsrechtlichen Sinn, sondern – kurioserweise – „im Namen des tschechoslawischen Volkes“. Damit begann letzten Endes die tschechisch-nationale Politik einer bewussten Zweideutigkeit, nämlich Autonomie bzw. Selbständigkeit für die böhmischen Länder zu fordern, freilich nur im Namen der tschechischen Nation. Diese Zweideutigkeit wurde besonders durch einen grundsätzlichen sprachlichen Unterschied ermöglicht. Während die deutsche Sprache – ebenso wie die englische, französische und ungarische – seit den 1860er Jahren klar zwischen „böhmisch“ und „tschechisch“ zu unterscheiden begann, wobei „böhmisch“ für das Land, für das Königreich, für die Stände und den Landtag, „tschechisch“ aber für das Ethnikum und die Sprache gelten sollte, gab es in der tschechischen Sprache nur das eine Wort „*český*“. Wenn tschechische Politiker, Historiker und Publizisten bis 1918 einen deutschsprachigen Text verfassten oder einen tschechischsprachigen Text übersetzten, blieben sie auch weiterhin beim Terminus „böhmisch“. In der neueren tschechischen Historiographie wurden dann aber aus „böhmischen Königen“ nicht selten „tschechische Könige“, aus der „böhmischen Krone“ (*koruna česká*) eine „tschechische Krone“ und aus den „böhmischen Ländern“ „tschechische Länder“ (*české země*)<sup>34</sup>. Allerdings hatte die ältere tschechische Historiographie bis zur Jahrhundertwende auch noch vom „böhmischen Volk“ gesprochen und damit das tschechische gemeint. Und auch das Staatsrecht blieb bis 1918 das böhmische, auch wenn bereits längst das tschechische gemeint war. In den Jahren 1918/19 sollte diese Doppelstrategie der Vermischung von „böhmisch“ und „tschechisch“ international Erfolg haben, 1938/39 Misserfolg, 1945 neuerlich Erfolg<sup>35</sup>.

Im Jahre 1865 hatte der Kaiser die Denkschrift der tschechischen Abgeordneten *ad acta* legen lassen. Palacký hatte hingegen in seiner im Frühjahr 1865 publizierten Studie „Österreichs Staatsidee“ die Öffnung Österreichs in Richtung der „Idee der nationalen Gleichberechtigung“ verlangt, andernfalls beinahe prophetisch gedroht:

<sup>33</sup> URBAN, Tschechische Gesellschaft I (wie Anm. 31), 262 f.; vgl. Gary B. COHEN, *Education and Middle-Class Society in Imperial Austria 1848-1918*, West Lafayette 1996.

<sup>34</sup> Vgl. *pars pro toto*: Antonín BOHÁČ, *Siedlungsgebiete und Statistik der Böhmen*, in: *Das böhmische Volk*, hg. von Zdeněk TOBOLKA, Prag 1916; Mikuláš TEICH (Ed.), *Bohemia in History*, Cambridge 1998.

<sup>35</sup> Vgl. *Das böhmische Staatsrecht in den deutsch-tschechischen Auseinandersetzungen des 19. und 20. Jahrhunderts*, hg. von Ernst BIRKE und Kurt OBERDORFER, Marburg 1960.

„Falls man das Gegenteil der modernen Idee des österreichischen Staates in die Tat umsetzen wird, [...] sondern die Überordnung der einen über die anderen hinnehmen wird, falls die Slawen durch staatsrechtliche Schritte zu einem Geschlecht minderen Ranges erniedrigt werden [...]: „dann wird die Natur ihr Recht einfordern, ihr Widerstand gegen das Unnatürliche wird den bisherigen Landesfrieden unweigerlich in Unfrieden, Hoffnung in Verzweiflung verwandeln und zuletzt Streit und Hader hervorrufen, deren Richtung, Umfang und Folgen unvorhersehbar sind. Der Tag der Verkündung des Dualismus wird mit der unaufhaltsamen Zwangsläufigkeit der Natur zum Geburtsdatum panslawischer Tendenzen in dessen am wenigsten wünschbaren Gestalt werden. [...] Wir Slawen sehen einer solchen Entwicklung mit aufrichtigem Schmerz entgegen, jedoch ohne Furcht: Wir waren vor Österreich, wir werden auch nach ihm sein!“<sup>36</sup>

Obwohl die österreichische Armee im Juni 1866 eine neuerliche Schlacht bei Custoza gewann, musste sie Venetien räumen, da die österreichische Nordarmee am 3. Juli 1866 mit der Schlacht bei Königgrätz auch den „Kampf um Deutschland“ verlor. Wohl vor allem um die tschechische Bevölkerung günstig zu stimmen, erließ die preußische Heeresleitung bereits kurz nach der Besetzung Prags am 11. Juli 1866 ein Manifest an die „Einwohner des glorreichen Königreiches Böhmen“, in dem ihnen nicht nur die „volle Achtung für Eure historischen und nationalen Rechte“ zugesichert wurde, sondern für Böhmen und Mähren auch die Verwirklichung der nationalen Wünsche „gleich den Ungarn“. Nach Abschluss des österreichisch-preußischen Präliminarfriedens im Schloss des Grafen Mensdorff in Nikolsburg (Mikulov) und bald darauf des Friedensvertrages im Prager Luxushotel „Zum blauen Stern“ am 23. August 1866 war das wortgewaltige preußische Manifest gleich wieder vergessen, und die preußischen Truppen verließen noch in den Septembertagen die böhmischen Länder. Die tschechischen Liberalen begrüßten dies ebenso wie die Auflösung des Deutschen Bundes, womit die böhmischen Länder jede verfassungsrechtliche Bindung an ein wie immer entstehendes neues Deutschland verloren<sup>37</sup>.

Ebenso entscheidend wurden die Geheimverhandlungen Kaiser Franz Josephs mit den Sprechern des ungarischen Landtages, dem Juristen Ferenc Deák und dem Grafen Gyula Andrassy. Während im böhmischen Landtag neuerlich über die Wahlordnung gestritten wurde, handelte der neue Außenminister, der sächsische Baron Friedrich Beust, die Annahme eines kaiserlichen Reskripts aus, sodass Andrassy bereits im Februar 1867 zum neuen ungarischen Ministerpräsidenten ernannt wurde, und Franz Joseph – gemeinsam mit seiner Gemahlin Elisabeth – am 8. Juni 1867 in Budapest zum ungarischen König gekrönt werden konnte. Das Einverständnis des liberalen deutsch-österreichischen Bürgertums und der liberalen ungarischen Gentry mit der neuen „Österreichisch-Ungarischen Monarchie“ beschränkte sich nicht nur auf das ungarische Staatsrecht, sondern vor allem auch auf die Anerkennung eines ganzen Komplexes verfassungsmäßiger Freiheiten, die in der Revolution von 1848 formuliert worden waren. Daher beschloss der österreichische

<sup>36</sup> URBAN, Tschechische Gesellschaft I (wie Anm. 31), 271 ff., 280 f.

<sup>37</sup> URBAN, Tschechische Gesellschaft I (wie Anm. 31), 294-303.

Reichsrat – bei Abwesenheit vieler tschechischer Abgeordneter – neue Gesetze über die Ministerverantwortlichkeit, das Vereinsrecht, über die Reichsvertretung, über das Reichsgericht und über die richterliche Gewalt. Der Artikel 19 des Staatsgrundgesetzes über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger vom 21. Dezember 1867 normierte sogar die Gleichberechtigung aller „Volksstämme“ des Staates und das unverletzliche Recht jedes Volksstammes „auf Wahrung und Pflege seiner Nationalität und Sprache“. Auch die Gleichberechtigung aller landesüblichen Sprachen in Schule, Amt und öffentlichem Leben wurde anerkannt und zugesichert, dass „in den Ländern, in welchen mehrere Volksstämme wohnen, [...] die öffentlichen Unterrichtsanstalten derart eingerichtet sein [sollen], dass ohne Anwendung eines Zwanges zur Erlernung einer zweiten Landessprache jeder dieser Volksstämme die erforderlichen Mittel zur Ausbildung in seiner Sprache erhält“<sup>38</sup>.

Für die böhmischen Länder bedeuteten die Dezembergesetze 1867, dass nun jedes deutsche oder tschechische Kind in seiner Muttersprache erzogen wurde, allerdings die andere Sprache nicht mehr lernen musste. In Prag besuchten weiterhin 80 bis 90 Prozent der deutschen und jüdischen Kinder den Tschechisch-Unterricht in den letzten drei Jahren der deutschen Volksschulen, allen drei Klassen der Bürgerschulen und in sechs bis acht Klassen der Gymnasien – aber in Nordböhmen lehnten die meisten Deutschen Tschechisch-Unterricht ab, und in Innerböhmen nahm der Deutsch-Unterricht in den tschechischen Schulen deutlich ab. Jedenfalls erhielten Deutsche und Tschechen in den böhmischen Ländern mit dem Reichsvolksschulgesetz 1869 die allgemeine Schulpflicht bis zum 14. Lebensjahr und damit das dichteste Schulnetz in der Gesamtmonarchie<sup>39</sup>.

Im Jahre 1868 erfolgte die Grundsteinlegung für ein neues tschechisches Prager Nationaltheater, während das Ständetheater deutschsprachigen Aufführungen vorbehalten blieb. Im Jahre 1869 folgte die nationale Teilung des Prager Polytechnikums, der Startschuss für die Škodawerke in Pilsen und die Gründung der *Živnostenská banka* [Gewerbebank] als Zentrale aller Vorschusskassen, die rasch zur führenden tschechischen Großbank aufstieg, während die bereits 1824 gegründete „Böhmische Sparkasse“ (*Česká spořitelna*) den kleinen Einlegern vorbehalten blieb. 1868 organisierten die „Alt- und Jungtschechen“ aber auch eine mächtige Protestbewegung, die sie nach dem alten hussitischen Zentrum *tábory* nannten. Kaiser Franz Joseph musste daher einen Ausgleich mit dem zahlenmäßig stärksten seiner unzufriedenen Völker suchen. In Geheimverhandlungen der Regierung Karl Graf Hohenwart – Professor Albert Schäffle 1871 mit drei führenden tschechischen Vertretern stellte Wien einen Ausgleich für Böhmen und ein Nationalitätengesetz mit völliger Gleichberechtigung des tschechischen und deutschen Volkes in Aussicht, wenn die Tschechen in den Reichsrat zurückkehrten und die Verfassung 1867 anerkannten. Aber weder die Deutschliberalen noch viele Mitglieder des Hochadels

<sup>38</sup> Gerald STOURZH, Die Gleichberechtigung der Nationalitäten (wie Anm. 9), 55 ff.; Heinrich LUTZ, Österreich-Ungarn und die Gründung des Deutschen Reiches. Europäische Entscheidungen 1867-1871, Frankfurt am Main – Berlin – Wien 1979, 484-493.

<sup>39</sup> URBAN, Tschechische Gesellschaft I (wie Anm. 31), 306-324, 527; COHEN, Ethnic Survival (wie Anm. 28), 132 f.

waren bereit, den ausgearbeiteten „Fundamentalartikeln“ zuzustimmen, der ungarische Ministerpräsident Gyula Graf Andrassy fürchtete Rückwirkungen auf die Slawen Ungarns. Ein Kronrat unter Vorsitz des Kaisers legte dem böhmischen Landtag ein ablehnendes Reskript vor. Selbst der alternde Palacký kündigte nun Wien seine Treue auf: „Ich lasse leider auch selbst die Hoffnung auf eine dauerhafte Erhaltung des österreichischen Staates fahren“. Die Wege der beiden Landesnationen im Königreich Böhmen begannen sich merklich zu trennen. Ob damit schon der künftige Völkerzwist eingeleitet war<sup>40</sup>?

Im Jahre 1850 hatten die böhmischen Länder noch 6,74 Millionen Einwohner gezählt, etwa vier Millionen Tschechen und 2,7 Millionen Deutsche; bis zum Jahre 1910 erreichten die böhmischen Länder eine Einwohnerzahl von 10,15 Millionen, unter ihnen 6,4 Millionen Tschechen und 3,5 Millionen Deutsche. Das bedeutete, dass sich die Relationen über 60 Jahre hinweg nur leicht zugunsten der Tschechen verschoben. Die tschechisch- und deutschsprechenden Bevölkerungsteile entwickelten sich auch bei den meisten gesellschaftlichen Daten ziemlich gleichmäßig: bei den Geburten- und Sterberaten, bei der Ausbildung der Berufsstrukturen, im gesamten Bildungsbereich – einschließlich der Alphabetenraten, den höchsten in der gesamten Monarchie. Nach wie vor verfügte der ethnisch bunt gemischte Hochadel in den böhmischen Ländern über riesige Ländereien, am meisten die Krumauer Linie der Schwarzenberg mit 176.000 ha und die Liechtenstein in Feldsberg (Valtice) mit 146.000 ha; aber auch die Herrscherfamilie selbst (Erzherzog Friedrich, Kaiser Franz Joseph I. und Erzherzog Franz Ferdinand) sowie die Adelsfamilien Colloredo-Mannsfeld, Waldstein, Fürstenberg, Czernin, Clam-Gallas, Lobkowitz, Thun-Hohenstein, Kinský, Buquoy, Thurn und Taxis, Harrach, Windisch-Graetz und Metternich verfügten über Latifundien von mehr als 20.000 ha, ebenso wie das Fürsterzbistum Olmütz, das Fürsterzbistum Prag und das Bistum Breslau. Lag bei den 681 landtäflichen Gütern in Böhmen der Durchschnitt immerhin bei 2.582 ha, so entfielen auf die Dreiviertelmillion bäuerlicher Grundeigentümer im Durchschnitt lediglich sieben ha Boden. Der Adel passte sich mit seinen Zuckerraffinerien, Bierbrauereien, Sägewerken und Bergwerken relativ rasch den kapitalistischen Wirtschaftsmethoden an und beteiligte sich ebenfalls intensiv an Eisenbahn-Aktiengesellschaften und Banken. Seit den 1860er Jahren begannen auch Prager und Wiener Bankiers in die Großgrundbesitzerschicht aufzusteigen, und im tschechischen Dorf bekamen langsam die Großbauern das Sagen. Die alten Stereotypen, der Deutsche sei mehr Gewerbetreibender, Industrieunternehmer und Industriearbeiter, der Tscheche mehr Bauer oder Arbeiter, stimmten bald nicht mehr. Die große Jubiläumsausstellung im Jahre 1891 – in Erinnerung an die erste Industrieausstellung 1791 – wurde zu einer ersten Heerschau der tschechischen Industrie, die von 2,432.356 Besuchern frequentiert wurde – obwohl sie von der deutschen Ge-

---

<sup>40</sup> Jiří KOŘALKA und Richard J. CRAMPTON, Die Tschechen, in: Die Habsburgermonarchie 1848-1918, Bd. III, 1. Teilbd., Wien 1980, 489-521, hier 503; URBAN, Tschechische Gesellschaft I (wie Anm. 31), 366-374; vgl. Thomas KLETEČKA, Der Ausgleichversuch des Ministeriums Hohenwart-Schäffle mit Böhmen im Jahre 1871. Mit besonderer Berücksichtigung des reichsdeutschen Einflusses, Geisteswiss. Diss. Wien 1984.

schäftswelt boykottiert wurde, die sich 1903 in der deutschen Industrie- und Hafenstadt Aussig (Ústí nad Labem) versammelte<sup>41</sup>.

Als Kaiser Franz Joseph 1857 die barocken Befestigungen in Wien schleifen ließ, erfolgte im Auftrag des Hochadels und des Industriebürgertums der Ausbau der Reichshaupt- und Residenzstadt zu einer der schönsten imperialen Hauptstädte der Welt. Die Mehrzahl der für den Ringstraßenbau erforderlichen Bauarbeiter strömte aus dem böhmisch-mährischen Raum nach Wien, so dass sich seine Bevölkerungszahl zwischen 1857 und 1910 mehr als vervierfachte, von 469.221 auf 2.031.421, womit Wien zur siebtgrößten Stadt der Welt aufstieg. Auch nach dem Ringstraßenbau zog die Reichshauptstadt wie ein Magnet die talentierten jungen Männer und Frauen verschiedenster Herkunft aus allen Kronländern der Monarchie an. Von der Wiener Bevölkerung 1910 waren 467.158 Personen (= 23 %) in den böhmischen Ländern geboren, davon 340.000 in tschechischen Mehrheitsbezirken. Die größte Berufsgruppe unter den Wiener Tschechen waren die „Ziegelböhm“ in den Wienerberger Ziegelwerken, deren Arbeitszeit erst 1897 unter dem Einfluss des aus einer Prager deutschjüdischen großbürgerlichen Familie stammenden Arztes Viktor Adler auf elf Stunden festgesetzt wurde. Weitere große Berufsgruppen waren die Dienstmädchen, die Tagelöhner, die Schneider, Schuster, Tischler und Schlosser. Immerhin waren die Tschechen 1914 auch schon unter den Professoren, in der höheren Beamtenschaft, im Justizwesen und im Bankwesen vertreten. Daher bestanden unter den seit den 1860er Jahren gegründeten Vereinen vornehme Honoratiorenvereine, Vereine der akademischen Jugend, Arbeitervereine und Sportvereine. Der 1872 gegründete Schulverein *Komenský* richtete auch schon 1883 die erste tschechische Privatvolksschule in Favoriten ein, der jedoch erst in den 1890er Jahren weitere folgten. Da Tschechisch in Wien (und Niederösterreich) weder als Landessprache noch als landesübliche Sprache galt, erhielten die *Komenský*-Schulen bis 1918 kein Öffentlichkeitsrecht, so dass die Abschlussprüfungen der Schüler bis 1908 im mährischen Lundenburg (Břeclav) stattfanden. Obwohl sich der christlich-soziale Bürgermeister Karl Lueger mit tschechischen Parteifreunden umgab – „Lasst’s mir meine Böhm’ in Ruh!“ – , verlangte er zum Erwerb des Bürgerrechtes in Wien den Eid mit dem Passus, „den deutschen Charakter der Stadt nach Kräften aufrecht halten [zu wollen]“<sup>42</sup>.

Andererseits gingen seit den 1860er Jahren viele böhmische, mährische und schlesische Tschechen nach Prag und stärkten dieses als nationales Zentrum. In

<sup>41</sup> Roman SANDGRUBER, Österreichische Agrarstatistik 1750-1918, Wirtschafts- und Sozialstatistik Österreich-Ungarns 2, Wien 1978, 234 ff.; Otto URBAN, Czech society 1848-1918, in: Bohemia in History, ed. by Mikuláš TEICH, Cambridge 1998, 198-214, hier 200; L. FASORA, J. HANUŠ, J. MALÍŘ (Eds.), Člověk na Moravě 19. století [Der Mensch im Mähren des 19. Jahrhunderts], Brno 2004, 473-494; vgl. Herbert MATIS, Österreichs Wirtschaft 1848-1913. Konjunkturelle Dynamik und gesellschaftlicher Wandel im Zeitalter Franz Josefs I., Berlin 1972.

<sup>42</sup> Michael JOHN und Albert LICHTBLAU, Schmelztiegel Wien – einst und jetzt. Zur Geschichte und Gegenwart von Zuwanderung und Minderheiten, Wien-Köln 1990, 14 f., 18-32, 277-289; Monika GLETTNER, Die Wiener Tschechen um 1900, Wien-München 1972, 320-331; Arnold SUPPAN, Die österreichischen Volksgruppen. Tendenzen ihrer gesellschaftlichen Entwicklung im 20. Jahrhundert, Wien 1983, 70 f.

Prag – wo die alten Stadtmauern erst seit der Mitte der 1870er Jahre geschleift wurden – trafen sich die tschechischen Bürger zur Promenade auf der Nationalstraße (Národní třída) zwischen Nationaltheater und Wenzelsplatz (Václavské náměstí), während die deutschen Bürger „Am Graben“ (Na Příkope) zwischen Wenzelsplatz und Pulverturm ihren Corso abhielten. Frequentierten die Tschechen das Café Slavia, so die Deutschen das 1862 gegründete Casino mit seinen Restaurants, Leseräumen und Versammlungssälen. Die 1867 staatsbürgerlich endlich völlig gleichgestellten Juden erlebten nun einen beachtlichen gesellschaftlichen Aufstieg. Im deutschen Casino hörte der 1884 geborene Prager Max Brod den Wiener Arthur Schnitzler, den Prager Rainer Maria Rilke und den Schlesier Gerhart Hauptmann, während die als Komtesse Kinský geborene Pragerin Bertha von Suttner ohne Kenntnis der nationalen Getrenntheit Prags tschechische Autoren zitierte. Im Palais Kinský wohnte vorübergehend auch die Familie Kafka, die ihren 1883 geborenen Franz in die deutschsprachige Altstädter Volksschule und in das Deutsche Altstädter Gymnasium schickte und der erst später eine genaue Kenntnis der tschechischen Sprache und ein tiefes Verständnis für die tschechische Kultur erwarb. Obwohl die ebenfalls sehr erfolgreichen Prager Schriftsteller Egon Erwin Kisch und Franz Werfel den Zweiten Weltkrieg in der Emigration überlebten, meinte der Prager Schriftsteller Johannes Urzidil nach 1945: „In Wirklichkeit endete mit Kafka das geistige Prag jener tschechisch-deutsch-österreichisch-jüdischen Synthese, die die Stadt metropolitan getragen und durch Jahrhunderte inspiriert hatte“<sup>43</sup>.

Zwischen 1867 und 1914 erfolgte nicht nur der Ausbau der österreichischen Reichshälfte (Cisleithanien) zum modernen Verfassungsstaat nach westlichem Vorbild, sondern auch die Entwicklung zweier sozialstrukturell weitgehend ähnlicher Nationalgesellschaften: einer deutsch-österreichischen und einer tschechischen. Grundrechte, Vereinswesen, allgemeine Schulpflicht mit Volksschulen, Mittelschulen, Hochschulen, Zeitungswesen, Theaterleben und allgemeine Wehrpflicht förderten gleichermaßen Deutsche wie Tschechen. Auch die Ausbildung des modernen Parteienwesens seit den 1880er Jahren erfolgte weitgehend parallel, wie vor allem die Zusammensetzung des 1907 von allen Männern gewählten österreichischen Reichsrates bewies. Die wesentlichsten Differenzen lagen einerseits im österreichisch-ungarischen Ausgleich von 1867, der – aus tschechischer Sicht – eine Vorrangstellung des deutsch-österreichischen Großbürgertums und der ungarischen Gentry ermöglichte, andererseits in der von Wien auch nach den Badeni-Unruhen 1897 nicht gewährten völligen Gleichstellung der tschechischen mit der deutschen Sprache als innere Amtssprache in den böhmischen Ländern<sup>44</sup>.

<sup>43</sup> Hugo ROKYTA, Die Böhmisches Länder. Handbuch der Denkmäler und Gedenkstätten europäischer Kulturbeziehungen in den Böhmisches Ländern – Prag, Prag <sup>3</sup>1997, 20, 25 f., 112 f., 115 f.; Johannes URZIDIL, Die Tschechen und Slowaken, in: Die Welt der Slawen, hg. von Hans KOHN, Bd. 1: Die West- und Südslawen, Frankfurt am Main 1960, 113-205; COHEN, Ethnic Survival (wie Anm. 28), 123-139; vgl. Peter DEMETZ, Prague in Black and Gold. Scenes from the Life of a European City, New York 1997; Wilma A. IGGERS, Frauenleben in Prag. Ethnische Vielfalt und kultureller Wandel seit dem 18. Jahrhundert, Wien 2001.

<sup>44</sup> Helmut RUMPLER – Peter URBANITSCH (Hg.), Die Habsburgermonarchie 1848-1918. Bd. VII: Verfassung und Parlamentarismus, 2 Bde., Wien 2000.

Mit der Rückkehr der alt- und jungtschechischen Abgeordneten sowohl in den böhmischen Landtag als auch in den Wiener Reichsrat in den Jahren 1878 bzw. 1879 wandelte sich „der Kampf gegen den österreichischen Staat“ in einen „um den österreichischen Staat“. Obwohl die 14 Jahre währende konservativ-slawische Regierung des „böhmischen“ Grafen Eduard Taaffe den Tschechen mit den Stremayr'schen Sprachenverordnungen 1880 (Gebrauch des Tschechischen als äußere Amtssprache gegebenenfalls auch in den deutschen Gebieten der böhmischen Länder), der Ernennung von Alois Pražák aus Mähren zum Justizminister, einer Wahlrechtsreform (Herabsetzung der Mindeststeuerleistung von zehn auf fünf Gulden) und der Teilung der Karlsuniversität 1882 in einen tschechischen und einen deutschen Teil entgegenkam, riefen sie in Prag zum Boykott deutscher Waren auf und organisierten Aufmärsche des tschechisch-nationalen Turnvereins *Sokol* (Der Falke). Waren die Tschechen in den vergangenen Jahrzehnten um eine Germanisierung besorgt, begannen nun die Deutschböhmen eine Tschechisierung zu fürchten. Ein 1886 von Ernst Plener, dem politischen Führer der Deutschen im böhmischen Landtag – wo seit 1883 die Tschechen die Mehrheit der Abgeordneten stellten – eingebrachter Antrag auf nationale Abgrenzung der Gerichts- und Verwaltungsbezirke des Königreiches Böhmen wurde abgelehnt. Oberstlandmarschall Georg Fürst Lobkowitz begründete die Ablehnung auch im Wiener Herrenhaus: Einer solchen Teilung könne keine Regierung und keine Partei zustimmen, „denn sie würde sich an der Natur Österreichs versündigen; sie würde die auf historischem Wege gewordenen Grenzen des Landes verrücken, würde die Basis erschüttern, auf welcher die Monarchie aufgebaut ist“<sup>45</sup>.

In der Mitte der 1880er Jahre begannen also die deutschböhmischen Politiker der historischen Konzeption des „böhmischen Staatsrechtes“ das Konzept einer ethnischen Territorialisierung gegenüberzustellen, womit eine dauerhafte Frontstellung aufgebaut wurde, die letzten Endes erst mit der Vertreibung und Aussiedlung 1945/46 beendet wurde. Während die tschechischen Politiker auf der Landeseinheit Böhmens und der Zusammengehörigkeit der böhmischen Länder bestanden, verlangten die deutschböhmischen Politiker die Abgrenzung und Autonomie der deutschen Siedlungsgebiete in den böhmischen Ländern, was von tschechischer Seite als „Landeszerreißung“ abgestempelt wurde. Nationale Teilung und Abgrenzung – ein im damaligen Europa durchaus modernes Konzept, das auch im böhmischen (entweder tschechischen oder deutschen) Vereinswesen, zwischen den Parteien (etwa den Sozialdemokraten) und an der Prager Karlsuniversität Anwendung fand – sollten keineswegs auf der Landesebene gelten. Freilich war auch der tschechische „Staatsrechtskampf“, so sehr er formal auf die Wiederherstellung der historisch-ständischen Staatsstruktur abzielte, zu einer modernen nationalen Forderung mutiert, bekam doch der Begriff „böhmisches Staatsrecht“ immer mehr den Inhalt ei-

---

<sup>45</sup> URBAN, Czech Society (wie Anm. 41), 209 f.; vgl. Jan HAVRÁNEK (Hg.), *Dějiny Univerzity Karlovy* [Geschichte der Karlsuniversität], III: 1802-1918, Praha 1997, 183-188.

nes „tschechischen Staatsrechts“, womit den Deutschböhmen und Deutschmähren bestenfalls eine zweitrangige Rolle zugebracht war<sup>46</sup>.

So bedauerte der Führer der Jungtschechen, Edvard Grégr, bereits 1888, dass der „Körper unserer [tschechischen] Nation von fremdnationalen [gemeint: deutschen] Elementen“ wie von „Trichinen durchsetzt“ sei, und sein Bruder Julius Grégr begründete im selben Jahr Abtretungen gewisser Randgebiete Böhmens, Mährens und Schlesiens an Deutschland damit: „desto besser können wir sie [die im Lande Verbliebenen] verdauen“. Daher wurden Ausgleichsverhandlungen zwischen Vertretern des böhmischen Großgrundbesitzes, der Alttschechen und der Deutschböhmen 1889/90 – bei denen die „Wiener Punktationen“ (Trennung von Landesschulrat, Landeskulturrat etc.) ausgearbeitet wurden – von den „Jungtschechen“ torpediert, womit sie bei den nachfolgenden Landtags- und Reichsratswahlen einen triumphalen Sieg errangen. Während die deutschböhmischen Liberalen die Wahrung ihres nationalen Besitzstandes verlangten, forderten die „Jungtschechen“ bereits einen tschechischen Staat mit tschechischer Staatssprache, die Krönung des Königs in Prag und seine Verteidigung auf die Landesrechte, sowie eine Verdrängung des Deutschtums<sup>47</sup>.

Das Jahr 1890 hatte auch ein Ende einer einheitlichen tschechischen Politik gebracht. Nun begannen sich politische Gruppierungen innerhalb der beiden Nationalitäten auch nach sozialen und beruflichen Interessen sowie nach Weltanschauungen zu bilden. Nach den Wahlen zum Reichsrat 1897 mit einer neuen fünften, allgemeinen Kurie von über fünf Millionen Wählern zogen nun die ersten modernen Volkstribunen in das Parlament ein: auf tschechischer Seite in der Partei der „Jungtschechen“ (*Mladočeši*), in der „Mährischen Volkspartei“ (*Lidova strana*), in der „Tschechoslawischen Sozialdemokratischen Partei“ (*Českoslovanská socialně-demokratická strana*) und in der „Tschechischen Agrarpartei“ (*agrarní strana*), auf deutscher Seite in der „Deutschen Fortschrittspartei“, in der „Deutschen Volkspartei“, in der „Christlichsozialen Partei“, in der „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ und in der alldeutschen Schönerer-Gruppe. Die Wahlergebnisse untermauerten, dass im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts nicht nur die bürgerlichen Eliten, sondern nun auch die Masse der Bevölkerung bereits nationalistisch orientiert war. Deutliche Zeichen waren die monumentale 28bändige Enzyklopädie des Verlegers Jan Otto – *Ottův slovník naučný* –, die sich auf die Expertise des seit 1882 selbständigen tschechischen Teils der Karlsuniversität stützte, den ausschließlich Deutsch sprechenden Bewohnern der böhmischen Länder aber verschlossen blieb; die Gründung der „Tschechischen Akademie der Wissenschaften und Künste“ (*Česká akademie věd a umění*) 1891, die Gründung der „Tschechischen Philharmonie“ (*Česká*

<sup>46</sup> Hans LEMBERG, 1918: Die Staatsgründung der Tschechoslowakei und die Deutschen, in: Wendepunkte in den Beziehungen zwischen Deutschen, Tschechen und Slowaken 1848-1989, 119-135, hier 120 f.

<sup>47</sup> Odsun. Die Vertreibung der Sudetendeutschen. Vyhnání sudetských Němců. Dokumentation zu Ursachen, Planung und Realisierung einer „ethnischen Säuberung“ in der Mitte Europas, ed. Roland J. HOFFMANN und Alois HARASKO. Band 1: Vom Völkerfrühling und Völkerzwist 1848/49 bis zum Münchener Abkommen 1938 und zur Errichtung des „Protektorats Böhmen und Mähren“ 1939, München 2000, 246-249; URBAN, Tschechische Gesellschaft I (wie Anm. 31), 570-586.

*filharmonie*) 1894, noch mehr freilich, dass die bisher zweisprachigen Straßentafeln in Prag nach 1893 nur mehr einsprachig – in tschechischer Sprache – angebracht wurden<sup>48</sup>.

Seit den frühen 1890er Jahren wurde der Begriff „Sudetendeutsche“ in die geographische und historische Wissenschaft eingeführt. Der für Österreich-Ungarn zuständige Bearbeiter einer „Länderkunde Europa“, Alexander Supan, definierte 1889 erstmals ein „Territorium der Sudetendeutschen“, „das den ganzen Westen und Norden von Böhmen umzieht, und woran sich dann unmittelbar das deutsche Gebiet im nördlichen Mähren und im Troppauer Schlesien bis zur Oder anschließt“. Heinrich Herkner schrieb 1893 von den „deutschen Sudetenbewohnern“ und von „über drei Millionen Deutschen“ der Sudetenländer. Jan Herben besprach diesen Aufsatz und verwendete erstmals die tschechischen Begriffe *sudetských zemí* [Sudetenländer] und *Němci sudetských* [Sudetendeutsche]. Die beiden Funktionäre des Bundes der Deutschen, die späteren Abgeordneten Franz Jesser und Josef Tschan, einigten sich im Jahre 1898 auf die Begriffe „Sudetenländer“ und „Sudetendeutsche“. Und der vom k.k. Ministerium für Cultus und Unterricht genehmigte österreichische Schulatlas aus dem Jahre 1900 verwendete den Begriff „Sudetenländer“ bereits für die Kronländer Böhmen, Mähren und Schlesien und den Begriff „Sudetendeutsche“ für die dort wohnenden Deutschen<sup>49</sup>.

Der greise Führer der Alttschechen, František Rieger, hielt noch am 10. Jänner 1897 im mittelböhmischen Kolín eine Rede für die Einigung aller tschechischen Parteien und die Versöhnung mit den Deutschen: Ein so starkes Element wie das deutsche in Böhmen lasse sich nicht so behandeln wie die schwachen deutschen Stämme in Ungarn. Einem so intelligenten und mächtigen Volksstamm wie dem deutschen in Böhmen, der im Rücken noch durch ein großes gebildetes Volk gedeckt werde, könnten und dürften wir keine Verlegenheit bereiten. Weil nun beide Volksstämme in diesem Land so ziemlich gleich stark seien, könne sich keiner dem anderen unterordnen; so bleibe nichts anderes übrig, als dass sich beide einigen und versöhnen, allerdings auf Grund gleichen Rechts<sup>50</sup>.

Um eine Mehrheit für den Wirtschaftsausgleich mit Ungarn zu gewinnen, versuchte der aus Galizien stammende Ministerpräsident Kasimir Graf Badeni, den Jungtschechen entgegenzukommen, und erließ im April 1897 zwei gleichlautende

<sup>48</sup> Helmut RUMPLER, Parlament und Regierung Cisleithaniens, in: Die Habsburgermonarchie 1848-1918, Band VII, 667-894, hier 834-838, und Anhang, 1253 f.; SAYER, Bohemia (wie Anm. 19), 101; vgl. Lothar HÖBELT, Kornblume und Kaiseradler. Die deutschfreiheitlichen Parteien Altösterreichs 1882-1918, Wien – München 1993; Jiří MALÍŘ, Od spolků k moderním politickým stranám. Vývoj politických stran na Moravě v letech 1848-1914 [Von Vereinen zu modernen Parteien. Die Entwicklung der Parteien in Mähren 1848-1914], Brno 1996.

<sup>49</sup> Länderkunde Europa, hg. von Anton KIRCHNER, Wien 1889, 10 f., 608; Heinrich HERKNER, Die Zukunft der Deutsch-Österreicher, in: Deutsche Worte, hg. von Engelbert PERNERSTORFER, 13. Jg., Wien 1893, 328; Jan HERBEN, Budoucnost rakouských Němců [Die Zukunft der österreichischen Deutschen], in: Čas, 7/44, Praha, 4. November 1893, 699 f.; vgl. HABEL, Sudetenfrage (wie Anm. 32), 206 ff.

<sup>50</sup> Illustrierte Zeitung, Leipzig/Berlin, 108. Bd., Nr. 2795, 23. Jänner 1897; vgl. HABEL, Sudetenfrage, 209.

Sprachenverordnungen für Böhmen und Mähren. Sie verpflichteten sowohl im inneren als auch im äußeren Amtsverkehr zur Zweisprachigkeit und verlangten von jedem Staatsbeamten in den beiden Kronländern die Kenntnis beider Landessprachen in Wort und Schrift – spätestens bis zum 1. Juli 1901. Die Deutschen betrachteten diese Ausdehnung der Zweisprachigkeit auf deutsche Bezirke und Gemeinden als schwere Benachteiligung, so dass sofort Massendemonstrationen in deutsch-böhmischen Städten einsetzten, die auf Wien, Graz, Klagenfurt und andere österreichische Städte überschlugen und die zu einer zügellosen Obstruktion und Handgreiflichkeiten im Wiener Reichsrat ausarteten. Der Kaiser musste den Reichsrat schließen lassen und Badeni nach Galizien zurückschicken. Die Jungtschechen antworteten mit Exzessen in Prag. In den Wiener Karikaturen erschienen der *Böhm* und der *Wenzel* als dummdreiste, ungeschlachte, randalierende, ewig unzufriedene, gelegentlich sogar gewalttätige Bauerntölpel. In den Prager Karikaturen wurde der *Němec* entweder als *Michel* – ein bössartiger, verfetteter Gnom mit Zipfelmütze – oder als *Buršák*, als deutscher Couleurstudent, oder als *Prušák*, als wilhelminischer Deutscher mit Pickelhaube, gezeichnet. Tatsächlich stießen 1897 erstmals *furor teutonicus* und *furor bohemicus* zusammen, was für das 20. Jahrhundert nichts Gutes verhieß<sup>51</sup>.

Auch der junge, aus Böhmen gebürtige Karl Kraus polemisierte in den Kämpfen um die Badenischen Sprachenverordnungen 1897 gegen die Aktionen der „fenster-einwerfenden Nation“ und setzte Daniel Spitzers leitmotivische Satirisierung der „czechischen Staatsrechts-Hausierer“, die in ihren Tagträumen bereits den Krönungsschimmel vom Hradschin herunterwiehern hören, ziemlich geradlinig fort. Aber mit der Gründung der *Fackel* setzte bei Kraus eine grundlegende Umwertung innenpolitischer Wertmaßstäbe ein, und schon im Mai 1899 setzte er einen cisleithanischen Imperativ: „Die Deutschen und die Tschechen und die Slowenen haben als kulturell selbstständige Nationalitäten und nicht als Staatspensionärs der österreichischen Bürokratie, als Kulturkämpfer für ihre eigene und nicht als solche gegen jede fremde Kultur aufzutreten“. Kraus unterstützte 1899 den Reichsratsabgeordneten Tomáš Garrigue Masaryk in der antisemitischen Hilsner-Affäre und 1909 in der antiserbischen Friedjung-Affäre, was Masaryk dankbar quittierte<sup>52</sup>.

Eine deutsch-tschechische „Konfliktgemeinschaft“ entstand also erst in den letzten drei Jahrzehnten der Habsburgermonarchie, vor allem seit der Mitte der 1880er Jahre. Jan Křen untersuchte unter diesem Titel die deutsch-tschechischen Auseinandersetzungen in der „Österreichisch-Ungarischen Monarchie“, für die trotz hochentwickelter Rechtsstaatlichkeit kein nationaler „Ausgleich“ gefunden werden konnte. Der fortschreitende Bildungsprozess und die fortschreitende Industrialisie-

<sup>51</sup> Bertold SUTTER, Die Badenischen Sprachenverordnungen von 1897, 2 Bde., Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs 46/47, Graz – Köln 1960/65; Arnold SUPPAN, Nationale Stereotypen in der Karikatur. Österreich und seine Nachbarn in Ostmitteleuropa, in: Probleme der Geschichte Österreichs und ihrer Darstellung, hg. von Herwig WOLFRAM und Walter POHL, Wien 1991, 259-284; HLAVAČKA, Rakouska monarchie (wie Anm. 24), 436 ff.

<sup>52</sup> Kurt KROLOP, Karl Kraus und die Tschechen, in: Český lav a rakouský orel v 19. století. Böhmischer Löwe und österreichischer Adler im 19. Jahrhundert, Praha 1996, 310-327; vgl. T. G. MASARYK (1850-1937), vol. 1: Thinker and Politician, ed. by Stanley B. WINTERS, London 1990.

rung entfesselten vor allem in den böhmischen Ländern eine zunächst durchaus fruchtbare Rivalität zwischen zwei hochentwickelten und immer wohlhabenderen Industriegesellschaften und ihren Führungsgruppen. Freilich sank der ohnehin geringe Grad der Bereitschaft zum Kompromiss in dem Maße, in dem sich die weitere öffentliche Finanzierbarkeit der Landesausgaben für jeweils doppelte Zwecke als zunehmend unmöglich erwies. Auch die deutsch-jüdische Oberschicht und obere Mittelschicht Prags begann sich zunehmend von den nationalistischen Forderungen der tschechischen Massenpolitik herausgefordert zu fühlen. Dennoch verbündeten sie sich nicht mit den deutsch-nationalen oder sozialdemokratischen Gruppierungen. Andererseits sahen sich die deutsche wie auch jüdische untere Mittelschicht und Unterschicht Prags und anderer innerböhmischer Städte zunehmendem Assimilationsdruck von tschechischer Seite ausgesetzt. Zu diesem Druck gehörten auch Boykottaufrufe gegen deutsche und jüdische Geschäfte, für die ein Slogan Palackýs „Jeder halte zu den Seinen!“ [*Svíj k svému*] verwendet wurde<sup>53</sup>.

Das „Pfungstprogramm“ der deutschen Parteien 1899 und die Konzeption des jungtschechischen Führers Karel Kramář, den deutsch-österreichischen Zentralismus zu beenden und den „Zweibund“ zu kündigen, standen sich diametral gegenüber. Das Pfungstprogramm verlangte eine klare nationale Abgrenzung ausgehend von den Gerichtssprengeln, denen die einzelnen Ortschaften – „wenn nötig, durch Teilung der Gemeinden“ (sic!) – nach den ethnographischen Verhältnissen zuzuteilen seien. Auf der Basis der national abgegrenzten Gerichtssprengel seien national abzugrenzende Verwaltungsgebiete (Kreise) sowie Wahlbezirke für den Landtag, den Reichsrat und die anderen Vertretungskörper einzurichten. In den deutschen Verwaltungsgebieten und bei den deutschen Abteilungen der Landesbehörden sei die deutsche Sprache als innere und äußere Amtssprache aller Staatsbehörden zu bestimmen; in den gemischten Gebieten sowie in der Landeshauptstadt Prag samt den Vororten habe die vollständig paritätische Behandlung beider Sprachen zu gelten. Die Abgeordneten der Städte, Handelskammern und der Landgemeinden seien in nationale Kurien einzuteilen, denen ein Vetorecht in allen wichtigen nationalen Angelegenheiten zustehe. In den gemischten Gebieten und in Prag samt Vororten seien bei Vorhandensein der gesetzlich erforderlichen Anzahl von Kindern der anderen Nationalität Minoritätsschulen zu errichten, deren Kosten vom Landesschulfonds der betreffenden Nationalität zu tragen seien<sup>54</sup>.

<sup>53</sup> Alois MOSSER, Die Industrieaktiengesellschaft in Österreich 1880-1913. Versuch einer historischen Bilanz- und Betriebsanalyse, Wien 1980, 171-194; David F. GOOD, Der wirtschaftliche Aufstieg des Habsburgerreiches 1750-1914, Forschungen zur Geschichte des Donauraumes 7, Wien – Köln – Graz 1986; COHEN, Ethnic Survival (wie Anm. 28), 274-282; Hans Peter HYE, Das politische System in der Habsburgermonarchie. Konstitutionalismus, Parlamentarismus und politische Partizipation, Praha 1998, 237; SAYER, Bohemia (wie Anm. 19), 116.

<sup>54</sup> Alfred FISCHER (Hg.), Materialien zur Sprachenfrage in Österreich, Brünn 1902, 37 f. – Im Sprachgesetzentwurf der Regierung Körber vom 8. Mai 1900 wurde unter „gemischtem Gebiet“ jeder Bezirk verstanden, „in dem die Minderheit der anderssprachigen Bewohner 20 Prozent der gesamten Bevölkerung erreicht oder übersteigt“. Nach jeder zweiten Volkszählung sollte eine Anpassung an die neuen Verhältnisse unter Beibehaltung der 20%-Grenze erfolgen. Im tschechisch-slowakischen Sprachengesetz vom 29. Februar 1920 tauchte diese 20%-Regelung wieder auf.

Lediglich die tschechischen Sozialdemokraten lehnten das Beharren auf dem böhmischen Staatsrecht ab und beschlossen mit ihren deutschen Parteifreunden auf dem Brüner Parteitag 1899 die Umwandlung Österreichs „in einen demokratischen Nationalitäten-Bundes-Staat“. An Stelle der historischen Kronländer sollten national abgegrenzte Selbstverwaltungskörper treten. Nach diesem Prinzip der „Personalautonomie“, aber auch nach den im „Pfungstprogramm“ verlangten ethnisch gesonderten Wahlbezirken gelang 1905 in Mähren ein nationaler Ausgleich zwischen der deutschen Mehrheit und der tschechischen Minderheit im Landtag. In Hinkunft sollte nach nationalen Kurien gewählt, sollten der Landtag und der Landesschulrat zweigeteilt und einsprachige Schulbezirke eingerichtet werden. Die Regelung des Gebrauches beider Landessprachen bei den autonomen Behörden hatte die Gleichberechtigung und die Gleichwertigkeit beider Nationalitäten zur Grundlage. Die Beamtenbesetzungen sollten nach der vorherrschenden Sprache am Dienort und nach der Bevölkerungsrelation erfolgen. Nach diesem Vorbild wurden auch die Verhandlungen in Böhmen wieder aufgenommen; Kramář auf tschechischer sowie Adolf Bachmann auf deutscher Seite erzielten 1912 sogar ein Provisorium mit einer genauen Einteilung in tschechische und deutsche Kreise; zu einer Lösung der „Böhmischen Frage“ reichte aber der politische Wille auf beiden Seiten nicht. Daher wurde am 26. Juli 1913 mit dem „Annenpatent“ der böhmische Landtag aufgelöst und eine Landesverwaltungskommission eingesetzt<sup>55</sup>.

Land	anwesende einheimische Bevölkerung nach der Umgangssprache			gesamte Bevölkerung
	Tschechisch	Deutsch	Polnisch	
Böhmen	4,241.918 (63,2 %)	2,467.724 (36,8 %)	1.541 (0,02 %)	6,712.944
Mähren	1,868.971 (71,7 %)	719.435 (27,6 %)	14.924 (0,6 %)	2,604.857
Schlesien	180.348 (24,3 %)	325.523 (43,9 %)	235.224 (31,7 %)	741.456
Gesamt	6,291.237 (62,5 %)	3,512.682 (34,9 %)	251.689 (2,5 %)	10,059.257

Tabelle 1: *Die Bevölkerung der böhmischen Länder nach der Volkszählung 1910*

Quelle: Spezialortsrepertorium der österreichischen Länder, bearbeitet auf Grund der Ergebnisse der Volkszählung vom 31. Dezember 1910, hg. von der Statistischen Zentralkommission.

Edvard Beneš hatte in seiner 1908 an der Universität Dijon verteidigten Dissertation die vom österreichischen Sozialdemokraten Karl Renner vorgeschlagene vertikale Durchgliederung der Bevölkerung Böhmens und Mährens in zwei national getrennte Kurien mit weitgehender Selbstverwaltung als zu kompliziert abgelehnt.

<sup>55</sup> URBAN, Tschechische Gesellschaft I (wie Anm. 31), 805; Alfred FISCHER, Der nationale Ausgleich in Mähren, in: Österreichisches Staatswörterbuch, Bd. III, Wien 1910, 512 ff.; Emil STRAUSS, Die Entstehung der tschechoslowakischen Republik, Prag 1934, 43; Hans MOMMSEN, Die Sozialdemokratie und die Nationalitätenfrage im habsburgischen Vielvölkerstaat, Wien 1963, 314-338.

Vor allem befürchtete er wohl eine Zementierung der Kräfteverhältnisse zwischen Tschechen und Deutschen, während er auf Grund des Geburtenüberschusses der tschechischen Nation auf einen „modernen soziologischen Prozess“ (= Assimilation) zugunsten der tschechischen Mehrheitsbevölkerung hoffte. Heinrich Rauchberg hatte jedoch bereits 1905 darauf hingewiesen, dass auch in tschechischen Gebieten mit fortschreitender Industrialisierung die Geburtenzahl rückläufig sei<sup>56</sup>.

Erstaunlich geringe Spannungen löste hingegen die Einführung des allgemeinen Wahlrechts für Männer 1907 aus, da die 516 Einer-Wahlkreise – davon 130 in Böhmen, 49 in Mähren und 15 in Schlesien – ziemlich genau den nationalen Verhältnissen angepasst wurden. Diese bilateral akzeptierte, exakte nationale Aufteilung entsprach also offensichtlich dem Mehrheitswillen der tschechischen und deutschen Parteien – und ihren Wählern. So gewannen bei den Tschechen die Agrarier 29 Mandate, die Sozialdemokraten 24, die Jungtschechen 20, die Katholische Volkspartei 17, die National-Sozialistische Partei (inklusive Radikale) 10, die Alttschechen 6 und die Realisten zwei; bei den Deutschen in den böhmischen Ländern die Sozialdemokraten 21, die Agrarier 19, die Fortschrittlichen 14, die Deutsche Volkspartei 13, die Radikalen 12 und die Alldutschen zwei. Gab es also in der Parteienstruktur zwischen Tschechen und Deutschen in den böhmischen Ländern starke Parallelen, so unterschied sich diese grundsätzlich von der in den österreichischen Alpen- und Donauländern, da hier die Christlichsozialen bei weitem voran lagen und mit 96 Abgeordneten die stärkste Fraktion stellten<sup>57</sup>.

Trotz Scheiterns dreier Ausgleichsversuche in Böhmen 1871 (Fundamentalartikel), 1890 (Punktationen) und 1913 (Annenpatent) trat 1914 noch die überwiegende Mehrheit der Tschechen für die Aufrechterhaltung der Habsburgermonarchie ein. Obwohl die Tschechen in den höchsten Stellen der österreichischen Staatsverwaltung zunehmend vertreten waren, blieben sie jedoch in der Diplomatie und im aktiven Offizierskorps deutlich unterrepräsentiert und übernahmen daher für die Österreichisch-Ungarische Monarchie keine Mitverantwortung. Dennoch hatten sie schon um 1910 innerhalb der Doppelmonarchie einen gesellschafts-, wirtschafts- und kulturpolitischen Entwicklungsstand erreicht, den in Europa keine zweite Nation ohne eigenen Nationalstaat vorweisen konnte – weder die Katalanen noch die Iren, weder die Polen noch die Finnen. Dies verschärfte freilich den Widerspruch zwischen der verhältnismäßigen Reife der tschechischen Nationalgesellschaft einerseits und ihrer staatsrechtlichen Bedeutungslosigkeit andererseits. Dennoch konnten sich bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges die meisten tschechischen politischen Parteien keine Existenz außerhalb Österreich-Ungarns vorstellen. Dieses „Österreichertum“ bedeutete jedoch in keinem Falle die bedingungslose Zustimmung zur innenpolitischen Gestaltung und außenpolitischen Orientierung der Monarchie, wie

---

<sup>56</sup> Edvard BENEŠ, *Le problème autrichien et la question tchèque*, Thèse Dijon 1908; Karl RENNER, *Grundlagen und Entwicklungsziele der Österreichisch-Ungarischen Monarchie*, Wien – Leipzig 1906; Heinrich RAUCHBERG, *Der nationale Besitzstand in Böhmen*, 3 Bde., Leipzig 1905.

<sup>57</sup> John W. BOYER, *Culture and political Crisis in Vienna. Christian Socialism in Power, 1897-1918*, Chicago – London 1995; Vasilij MELIK, *Wahlen im alten Österreich. Am Beispiel der Kronländer mit slowenischsprachiger Bevölkerung*, Wien – Köln – Weimar 1997.

sie vor 1914 bestand, besonders aber wie sie sich während des Ersten Weltkrieges entwickelte<sup>58</sup>.

Anschrift des Verfassers:

Univ. Prof. Dr. Arnold Suppan

Pawlikgasse 30  
1220 WIEN  
ÖSTERREICH  
arnold.suppan@univie.ac.at

Institut für Osteuropäische Geschichte  
Universität Wien  
Universitätscampus  
Spitalgasse 2 / Hof 3  
1090 WIEN  
ÖSTERREICH

---

<sup>58</sup> URBAN, Tschechische Gesellschaft I (wie Anm. 31), 823-834.